

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Frühjahr 2020
Nr. 207, 49. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Tarifrunde 2020

Fairer Wandel in der Metallindustrie?

Die IG Metall hat die Tarifbewegung 2020 eröffnet. Allerdings haben die großen Tarifkommissionen keine konkrete Forderung beschlossen. Man will „neue Wege“ gehen. Bereits Ende Januar hat deshalb der IGM-Vorstand auf seiner Jahrespressekonferenz in Frankfurt a.M. ein sogenanntes „Moratorium für einen fairen Wandel“ vorgeschlagen. Konkret heißt das, dass die Gewerkschaft ohne festgelegte Forderung in Verhandlungen mit den Metallarbeitgebern gehen will, wenn diese bereit sind einen „Tarifvertrag Zukunft“ abzuschließen. Dabei geht es um einen Pakt von tariflichen Instrumenten zur Beschäftigungssicherung. Es sollen Massenentlassungen, Standortverlagerungen und Betriebsschließungen verhindert werden. In dem Tarifvertrag „Zukunft“ sollen Regelungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen festgeschrieben werden. Das bedeutet, dass die IG Metall über den Ta-

rifvertrag, Einfluss auf Investitionen, Produkte und notwendige Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten, nehmen will. Eine Absicht, die weit über bisherige Tarifverträge hinausgeht, da dies im Grunde die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten wäre.

Arbeitsplatzsicherung im Vordergrund

Der Hintergrund für diesen Vorschlag ist die bereits begonnene Rationalisierungswelle durch die Digitalisierung der Produktion und durch

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Fairer Wandel in der Metallindustrie?	1
In eigener Sache, Impressum	2
Bürgerschaftswahl in Hamburg	6
Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 3	7
Warum schießt das chilenische Militär nicht?	12
Das Wahldesaster von Labour	13
Die Neuwahlen zur Parteiführung von Labour	15
Der erste Krieg der BRD	16
Eine neue Krise steht vor der Tür	18
Rezensionen:	
Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften?	23
Meine Mama war Widerstandskämpferin	25

In eigener Sache

Wir hatten schon Redaktionsschluss, als sich die Corona-Pandemie weltweit ausbreitete und auch in Deutschland das gesellschaftliche Leben umstülpte – mit Folgen, die in vielen Bereichen tief einschneidend sein werden. Sie werden die Lebensqualität vieler Menschen empfindlich treffen. Niemand weiß, wie lange dies andauern wird. Nichts bleibt wie vorher, weder im Alltagsleben noch in der Politik, der Wirtschafts- und Finanzwelt und auch im sozialen Bereich. Freiheiten werden eingeschränkt, Opfer verlangt, demokratische Strukturen noch mehr in Frage gestellt. Beim Versuch, die Stabilität des herrschenden kapitalistischen Systems einigermaßen zu erhalten, hat die Merkel-Scholz-Regierung bereits angekündigt, riesige Geldbeträge zur Abmilderung der Produktions- und Wirtschaftsverluste, vor allem für die großen Konzerne, aufzuwenden. Nicht nur in der deutschen Bourgeoisie, auch in der anderer EU-Staaten, geht die Angst vor einer neuen Finanzkrise um und vor einer längst „fälligen“ Rezession. Corona hat bereits zum Absturz der internationalen Börsenkurse geführt. Die ganze Entwicklung wird auch zu Lasten der Sozialbereiche gehen. Sie wird die Position der Gewerkschaften und der Lohnabhängigen noch weiter schwächen. Dies führt zu einer verschlechterten Ausgangslage für gewerkschaftliche Kämpfe und liefert Argumente für angebliche Situationszwänge in der sogenannten Sozialpartnerschaft.

Wir sahen es als notwendig an, uns mit einem Artikel zur Politik der IG Metall in die gewerkschaftliche

Diskussion einzubringen. Die Veränderungen in dem Zusammenhang, die nun so überraschend durch die Corona-Katastrophe Gewicht bekommen haben, müssen wir im Auge behalten und analysieren. Für den vorliegenden Text war es dafür durch den Redaktionsschluss zu spät.

Zur weiteren Entwicklung des Kapitalismus können wir mit einer grundsätzlichen Analyse aufwarten, die zur Schlussfolgerung führt: „Eine neue Krise steht vor der Tür“. Der Originaltext wurde im September 2019, lange vor der Coronepidemie veröffentlicht. Was jetzt zusammenkommt bedarf einen neuen Untersuchung.

Die kommende Wahl in Sachsen-Anhalt wird ähnlich komplizierte Ergebnisse bringen wie die in Thüringen. Zum Resultat der Hamburg-Wahl veröffentlichen wir einen Artikel, der uns von Genossen der „Arbeiterpolitik“ zur Verfügung gestellt worden ist.

China, das Land, gegen welches wegen des Ausbruchs des Corona-Virus vom Westen eine Hetzkampagne geführt wurde, ist immer noch eine Sphinx. Geschichtliche Einblicke können weiterhelfen. Wir setzen unsere „China-Reihe“ fort mit einem Artikel über die Anfänge der kommunistischen Bewegung in China.

Der Aufstand in Chile nimmt ernste Formen an. Ein Beitrag über wenig beachtete Teilaspekte setzt unsere Berichterstattung zu dem Geschehen fort.

In Großbritannien sind die Würfel nun gefallen. Der Brexit, eine konservative Regierung in London und die Niederlage der Labour Party, das

sind die bitteren Nachrichten aus dem Vereinigten Königreich.

Für viele ist Kosovo ein schwarzer Fleck der Armut. Völkerrechtlich gehört es noch zu Serbien, wie die Krim zur Ukraine. Es ist politisch und menschlich ein Unding. Näheres haben wir der Zeitschrift „iz3w“ entnommen.

Gerade in Zeiten, wo die Faschisten auch in Deutschland wieder aggressiver auftreten und als Terroristen morden, ist es notwendig, dass die schreckliche Nazi-Vergangenheit nicht in Vergessenheit gerät. Dazu trägt auch die Rezension des Buches „Meine Mama war Widerstandskämpferin“ bei. Es gilt, die linke Erinnerungskultur fortzuführen.

Eine andere Rezension behandelt ein dünnes Bändchen vom VSA-Verlag: „Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften?“

Am 16. und 17. Mai soll wieder unser Seminar in München stattfinden. Ob wir angesichts der aktuellen Lage diesen Termin aufrecht halten können ist ungewiss. Interessierte Leserinnen und Leser können den Stand unter „redaktion@arbeiterstimme“ nachfragen.

Als Themen sind vorgesehen die Innenpolitik und der Komplex Umwelt/Klima. In diesem Rahmen befassen wir uns auch mit dem kapitalistischen Wachstumsmantra – Stichwort „degrowth“.

Wir danken für die Spenden und Abo-Überweisungen. Für alle, die noch nichts bezahlt haben, legen wir, wie jedes Jahr, ein Überweisungsformular bei. Ihre/Eure finanzielle Unterstützung ist u.a. auch deshalb so wichtig, da die Deutsche Post die Portopreise rigoros erhöht hat.

Redaktion Arbeiterstimme

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme, Postfach
910307 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



die Verdrängung des Verbrennungsmotors durch den Elektromotor. Nach Einschätzung der Gewerkschaft sind alleine im Bereich der Automobilindustrie kurz- und mittelfristig mehr als 200.000 Arbeitsplätze gefährdet und insgesamt 58 Prozent aller Arbeitsplätze im Organisationsbereich der IG Metall sind davon stark betroffen und ersetzbar.

Wohl deshalb appelliert die IG Metall angesichts dieser Entwicklung an die „Vernunft“ der Unternehmer und geht deshalb mit keiner konkreten Lohn- und Gehaltsforderung in die Tarifrunde. Die Arbeitsplatzsicherung soll im Vordergrund stehen. Der Tarifvertrag soll, so die erklärte Absicht, möglichst noch vor dem Ende der Friedenspflicht (28. April) stehen. Auch will man in dieser Zeit auf die Mobilisierung der Belegschaften verzichten.

Inzwischen haben in allen Tarifbezirken die Großen Tarifkommissionen grünes Licht für die vorgezogene Tarifrunde und für Verhandlungen gegeben. In den Gesprächen sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Stärkung der Kaufkraft. Das heißt die Entgelterhöhung muss über der Inflationserhöhung liegen.
- In den einzelnen Betrieben müssen Zukunftstarifverträge abgeschlossen werden, wenn dies die IG Metall verlangt. Inhalt der Verträge betreffen Produkte, Investitionen und Qualifizierung der Beschäftigten.
- Erweiterung der Altersteilzeit für mehr Beschäftigte.
- Tarifliche Regelungen für dual Studierende.
- Die Angleichung der Arbeitszeit im Osten an die des Westens.
- Einen Nachhaltigkeitsbonus zur Unterstützung der Mobilitätswende (etwa als Zuschuss für Bus und Bahn, Ökostrom usw.), der Mitglieder der Gewerkschaft bevorzugt.

Im Zentrum der Gespräche bzw. der Verhandlungen sollen die Zukunftstarifverträge stehen. Untersu-

chungen der IG Metall zeigen, dass in vielen Chefetagen eine langfristige Unternehmensplanung unbekannt ist.

Vielmehr ist kurzfristiges Denken und Handeln die übliche Praxis. So berichten in nur 18 Prozent der Betriebe die Betriebsräte, dass es im Unternehmen eine Strategie zur anstehenden Digitalisierung der innerbetrieblichen Prozesse gibt. In 19 Prozent der Betriebe gibt es solche für Teilbereiche des Unternehmens. Im Rest der Betriebe wird offensichtlich vor sich hin gewurstelt. Das ist eine Haltung von Unternehmensführungen, mit der Betriebsräte häufig konfrontiert werden. Sind genügend Aufträge vorhanden, läuft der Betrieb rund. Dann scheint alles zu stimmen, denn die Profite sprudeln. Brechen die Aufträge weg, aufgrund konjunktureller oder struktureller Ursachen, dann reibt man sich verwundert die Augen und versucht sich auf Kosten der Belegschaften zu sanieren oder geht sogar in die Insolvenz. Deshalb scheinen die Überlegungen der IG Metall, schon vor dem Auftreten von Krisen und Problemen im Unternehmen, Einfluss auf dessen Politik zu nehmen, der richtige Weg zu sein. Und nicht erst, wenn das „Kind im Brunnen“ liegt und nur noch das letzte Mittel zur Vermeidung von Entlassungen bleibt, nämlich einen Sanierungstarifvertrag abzuschließen, indem tarifliche Leistungen zeitlich begrenzt außer Kraft gesetzt werden.

Mit solchen betrieblichen Zukunftstarifverträgen könnten die Unternehmen zu einer langfristigen Unternehmensplanung gezwungen werden und damit Beschäftigung gesichert werden. Das hört sich plausibel an – ist es aber nicht.

Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen?

Käme ein solcher Tarifvertrag zu Stande, würde dem Betriebsrat und der zuständigen Gewerkschaft ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen und Angelegenheiten zugestanden. Aber genau ein solches Zugeständnis scheuen die Unternehmer, wie der Teufel das Weihwasser. Gegen die Ausweitung der Mitbestimmung haben sich die Kapitalisten in der Ver-

gangenheit immer mit fast allen Mitteln gewehrt. Es ist deshalb schwer vorstellbar, dass es der IG Metall gelingt, einen solchen Tarifvertrag durchzusetzen. Mitbestimmung von Betriebsräten und IG Metall bei der Produkt- und Investitionsplanung – für die Kapitalisten geht das gar nicht. Bei aller Sozialpartnerschaft!

Im Betriebsverfassungsgesetz gibt es zwar Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte, doch handelt es sich bei diesen um nicht mehr als um Etikettenschwindel. So darf der Betriebsrat durchaus mitbestimmen z.B., in der Frage wie die Kantinenwände gestrichen werden sollen. Gelb oder blau. Doch wenn es darum geht, ob eine Abteilung geschlossen oder verlagert werden soll, ist es Aus mit dem Mitbestimmen. Da gilt alleine das Direktionsrecht des Unternehmers.

Bei den regionalen Metallarbeitgeberverbänden in Baden-Württemberg gibt es in dieser Frage auch bereits eine entsprechende Absage: *„Es ist und bleibt unternehmerische Aufgabe, den Wandel und damit Innovationen und zukünftige Geschäftsmodelle zu gestalten. Dabei werden wir die Arbeitnehmervertreter im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen selbstverständlich mitnehmen.“*

Zukunftstarifvertrag – aber wie?

Inzwischen haben sich die Tarifvertragsparteien in Baden-Württemberg zum ersten Mal zu Gesprächen getroffen, und es scheint so, dass dort die IG Metall einen Pilotabschluss plant. Aus Sicht von Südwestmetall verlief das Tarifgespräch konstruktiv. Ein weiterer Termin soll zeitnah folgen. Allerdings hat der Arbeitgebervorsitzende von Südwestmetall bereits angekündigt, wohin nach seiner Ansicht die Reise gehen soll. Den wichtigsten Punkt der IG Metall-Forderung – den betrieblichen Tarifvertrag zur Planung von Produkten, Investitionen und Qualifizierung – hat Wolf, wie beschrieben, zurückgewiesen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Metall- und Elektroindustrie steht für ihn und seine Verbandsmitglieder im Mittelpunkt eines zukünftigen Tarifvertrages. *„Von daher sei auch klar“*, so Wolf, *„dass die Kaufkraft und damit die*



Binnenkonjunktur nicht wie von der IG Metall gefordert durch Lohnsteigerungen gestärkt werden könne.“

Trotzdem weisen die Unternehmer einen Zukunftstarifvertrag mit der IG Metall nicht kategorisch zurück. Aber offensichtlich scheinen sie unter einem „Zukunftstarifvertrag“ etwas völlig anderes zu verstehen als die IG Metall.

So lässt der Arbeitgeberverband, „Südwestmetall“ nach den Gesprächen in einer Pressemitteilung (20. Februar) beispielsweise verkünden: *„Die Betriebe müssen erkennen, dass wir ein Paket schnüren, das die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am Standort Baden-Württemberg dauerhaft stärkt und nicht verschlechtert. Nur dies ermöglicht es den Betrieben, dort wo es sinnvoll ist, Beschäftigung zu sichern.“* Deshalb würde *„die Kaufkraft und damit die Binnenkonjunktur nicht wie von der IG Metall gefordert durch Lohnsteigerungen gestärkt werden, sondern durch starke investitionsfähi-*

ge Unternehmen, die Arbeitsplätze am Standort sichern.“ Und der Verband der bayrischen Metall- und Elektroindustrie erklärt am selben Tag wie er sich die Zukunft vorstellt. So soll mit einem fixen Gesamtprozentsatz möglicher Entgeltbestandteile in einem (ebenfalls) fünfjährigen Moratorium, die konjunkturell schwierige Lage betriebsindividuell gemeistert und der laufende Transformationsprozess vor Ort gestaltet werden. Wie kann es auch anders sein: für Kapitalisten heißt „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ zuallererst „Senkung der Personalkosten“!

Ginge die IG Metall auf einen solchen Vorschlag ein, käme das ihrer Selbstkastration gleich. Der Unternehmervorschlag wäre für die Werk tätigen einfacher ausgedrückt nicht nur Lohnstillstand, sondern Lohn- und Gehaltsabbau über einen Zeitraum von fünf Jahren. Für die anstehende Tarifrunde heißt das, dass die Tarifparteien in ihren Vorstellungen diametral auseinanderliegen. Und für die Gewerkschaft bedeutet das, will sie tatsächlich substanziell etwas erreichen, dass sie maximalem Druck in den Betrieben aufbauen muss. Mit sozialpartnerschaftlichem Gekungel geht Garnichts!

Unterschiedliche Ausgangslagen

Am 22. November des vergangenen Jahres mobilisierte die IG Metall Baden-Württemberg an einem Freitag in Stuttgart zu einer Demonstration und Kundgebung unter dem Motto *„Jobabbau? Zukunftsklau? Halbschlau!“*. Dem Aufruf der Gewerkschaft zu einem Aktionstag, der wohl als Teil der Vorbereitung der Tarifrunde 2020 gedacht war, folgten in Stuttgart mehr als 15.000 Kolleginnen und Kollegen. Thema war die drohenden Stellenstreichungen in der Automobil- und Zulieferindustrie, sowie natürlich die anstehende Transformation der Metall- und Elektroindustrie. Dem Aufruf waren deshalb so viele Beschäftigte gefolgt, weil die Auswirkungen der vor uns liegenden Transformation langsam sichtbar und spürbar werden. Der Stuttgarter Bezirksleiter Roman Zitzelsberger orientierte darauf, dass die Industrie die Transformation gemeinsam mit den Beschäftigten angehen müsse, und sie nicht als Deckmantel für Profitmaximierung benutzen dürfe. Das aber würde aktuell geschehen. Viele Unternehmen hätten Sparprogramme gestartet und zum Teil auch die Streichung von Arbeitsplätzen angekündigt und begannen

Kein Stein wird auf dem anderen bleiben

In einem Interview in der WELT wurde am 11. März 2020, Jörg Hofmann, der Vorsitzende der IG Metall zur aktuellen Tarifsituation befragt. Dort schilderte er recht dramatisch die Situation in der Metall- und Elektroindustrie. Es ginge um Hunderttausende Beschäftigte, die Opfer des strukturellen Umbruchs werden könnten, so Hofmann. Und deshalb müsse die Transformation so gestaltet werden, dass die Beschäftigten eine Perspektive hätten. Hofmann stellt in dem Interview fest, dass viele Betriebe nicht, oder nur schlecht auf den Umbruch vorbereitet sind. Deshalb sollen durch Zukunftstarifverträge Beschäftigung, Investitionen und Standorte gesichert werden. Hofmann stellt im Interview fest: *„... die Veränderungswirkung von Digitalisierung und Dekarbonisierung auf die Branche ist enorm. Wir sehen ganz neue Geschäftsmodelle und Prozesse. In*



Jörg Hofmann, Foto: IG-Metall

vielen Branchen wird kein Stein auf dem anderen bleiben. Man könnte eine Analogie ziehen zur Aufbauphase nach 1945. Das hat damals nur funktioniert, weil auch Betriebsräte und Gewerkschaften Verantwortung übernommen haben für diesen Prozess.“

Hier sei zunächst einmal festgestellt, dass unmittelbar nach dem Ende des Krieges die Kapitalisten überhaupt keine Verantwortung

übernommen hatten. Es waren alleine antifaschistische Gewerkschafter, die die Betriebe, wo möglich, wieder zum Laufen brachten. Die Kapitalisten, kamen erst wieder aus ihren Löchern, als sie sahen, dass die westlichen Besatzungsmächte sie nicht für die Untaten des Faschismus zur Verantwortung ziehen würden und sie außerdem vor den Sozialisierungsforderungen der Arbeiterschaft schützten. Sicher liegt Hofmann in seiner Einschätzung, dass in vielen Branchen kein Stein auf dem anderen bleiben wird, richtig. Doch glaubt er wirklich, dass sich Geschäftsführungen in Betrieben, die unvorbereitet, oder nur ungenügend auf den Strukturwandel vorbereitet sind, mit verstärkter Sozialpartnerschaft in ihrem Handeln beeinflussen lassen? Dass die jetzt laufenden Tarifgespräche zu einem tragbaren Ergebnis führen ist daher stark zu bezweifeln.

Gesamtmetall hat ja bereits die Forderung nach mehr Mitbestimmung strikt angelehnt. Und dessen



diese zu vollziehen. Aktuell gäbe es alleine in Baden-Württemberg um die 160 Betriebe aus der Branche, die Einschnitte planen.

Überall wird umstrukturiert und abgebaut. So bei allen Automobilherstellern, bei Zulieferern wie Bosch, Mahle, Schuler, Voith, Continental, Schäffler und vielen anderen. Zwar schwächelt die Konjunktur seit den letzten Monaten etwas, was vor allem die Leiharbeitskräfte ausbaden müssen. Sie wurden inzwischen in großem Maße abgebaut. Doch haben nicht alle Betriebe gleichermaßen wirtschaftliche Probleme. In vielen Unternehmen sprudeln die Profite ungehemmt weiter. Und nicht wenige nutzen lediglich die Situation aus um ihre Profite zu erhöhen.

Trotzdem gibt es natürlich negative Konjunktüreinflüsse und man weiß zurzeit auch noch nicht, wie sich die Corona-Problematik, auf die Konjunktur auswirken wird. Für die Unternehmer aber ist die Situation

klar. Der Vorsitzende von Gesamtmetall, Rainer Dulger meint: *„Die fetten Jahre sind vorbei“*, denn die Branche befände sich in der Rezession. Dulger wirbt *„für eine neue Bescheidenheit“*, und wenn die Gewerkschaften diesen Weg nicht mitgehen, droht er *„mit dem Ende des Flächentarifvertrags“*. Lohnansprüche müssen seiner Ansicht nach zurückgeschraubt und Arbeitszeitverkürzung dürfe nicht weiter vorangetrieben werden.

Der Wind scheint sich gedreht zu haben. Den Eindruck erhält man auch, wenn man die Anfang Oktober letzten Jahres gescheiterten Verhandlungen zur Angleichung der Arbeitszeiten Ost, an die des Westens betrachtet. Die Unternehmer ließen die Verhandlungen platzen und die IG Metall muss das kommentarlos hinnehmen, weil in den Betrieben keine gewerkschaftliche Kraft vorhanden ist. Durch die Streikniederlage der IG Metall im Jahr 2003 ist es dort den Kapitalisten gelungen, die Gewerkschaft elementar zu schwächen große tariffreie Bereiche zu schaffen. In nur noch 10 Prozent der Betriebe gibt es zum Beispiel in Sachsen einen Tarifvertrag. Für nicht wenige im Lager des Kapitals ist das auch eine verlockende Perspektive für die Branche in Westdeutschland.

Und es entsteht der Eindruck, dass Teile der Unternehmer, die anstehende Transformation der Industrie als Chance sehen, die IG Metall und in der Folge alle Gewerkschaften, als Kampforganisationen deutlich zu schwächen und vielleicht sogar zu brechen.

Doch noch ist die IG Metall mobilisierungsfähig. Das wird sich sicher nach dem Ende der Friedenspflicht, Ende April in den Betrieben zeigen. Es ist nicht anzunehmen, dass bis dahin in den Gesprächen mit den Unternehmerverbänden etwas herauskommt, das man tatsächlich „Zukunftspaket“ für die Werktätigen nennen kann. Sozialpartnerschaft gibt es für die Kapitalisten nicht. Für sie zählen nur ihre Klasseninteressen!

Die IG Metall wäre gut beraten, wenn sie diese alte Erkenntnis ins Zentrum ihres Handelns stellen würde. Die vor ihr liegende Auseinandersetzung wird keine Tarifrunde wie in der Vergangenheit sein. Hier geht es um Grundsätzliches. Für sie geht es darum, ob sie auch noch in der Zukunft handlungsfähig ist, ob sie Gestaltungsmacht und Gegenmacht zur Kapitalmacht ist. Ab dem 28. April muss sie das zeigen!

11. März 2020

Präsident Dulger drohte bereits im vergangenen Jahr im Hinblick auf die Tarifrunde 2020 mit der weiteren Existenz des Flächentarifvertrages. Für ihn scheint die Sozialpartnerschaft obsolet zu sein. So meinte er in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*: *„Wenn alle Unternehmen die Tarifbindung verlassen, kann die Gewerkschaft zusehen, wie sie sich im Häuserkampf durchschlägt“*. Noch sind die Tarifgespräche nicht mit einer konkreten Forderung unterlegt. Das muss erfolgen, wenn die Gespräche ergebnislos abgebrochen werden.

Doch die Lage ist heikel. Wenn der Strukturwandel durch die Digitalisierung wirklich dazu führt dass, *„kein Stein auf dem anderen bleibt“*, kann die IG Metall diesen Prozess nicht alleine dem Markt überlassen. Dann müssen weitergehende Forderungen gestellt werden. Die Frage ist deshalb, warum die IG Metall nicht auf ihre eigene Satzung zurückgreift. Im Paragraph II ihrer Satzung hat sie sich selbst als Ziel und Aufgabe folgendes gegeben:

„Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Betrieb und Unternehmen und im gesamtgesellschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten; Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.“

Natürlich weiß man in den Gewerkschaftsvorständen dass eine solche Forderung zurzeit von der Mitgliedschaft (noch) abgelehnt wird. Zulange hat die bürgerliche Propaganda auf das Bewusstsein der Arbeiterklasse eingewirkt, so dass sie oft nicht in der Lage ist die eigene Interessenslage zu erkennen. So hat vor kurzem der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert mit seinen Sozialismusthesen heftige Reaktionen ausgelöst. Seine Forderung Unternehmen wie BMW zu sozialisieren, brachte den BMW-BR-Vorsitzenden Schoch dazu, den Vorschlag zur Verstaatlichung von Konzernen als *„unbegreiflich“* zurückzuweisen. *„Für Arbeiter deut-*

scher Unternehmen ist diese SPD nicht mehr wählbar“ sagte Schoch dem Magazin *Wirtschaftswoche*.

Nun ja, jeder blamiert sich so gut er kann. Aber das Beispiel zeigt auch, dass hierzulande die Arbeiterklasse nur an sich besteht und dass sie keine Klasse für sich ist. Das heißt, sie ist sich über ihre Rolle und über ihre historische Aufgabe innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft nicht bewusst. Dieses Bewusstsein wird sich erst entwickeln, wenn die Klassenkämpfe härter werden und die Widersprüche der kapitalistischen Produktion deutlicher sichtbar werden. Wenn der strukturelle Umbruch nicht zum Desaster für die Belegschaften werden soll, muss die IG Metall tatsächlich den Kapitalisten einen Teil ihrer Macht wegnehmen. Das wird nicht sozialpartnerschaftlich erreichbar sein. Das wird nur durch einen harten Klassenkampf möglich werden. Es wäre gut, wenn sich die IG Metall darauf vorbereiten würde.

Bürgerschaftswahl in Hamburg

Allen wohl und niemand weh – Hamburg wählt grün und SPD

Die Wahlen zur hamburgischen Bürgerschaft am 23.2.2020 bestätigten die Senatskoalition aus SPD und Grünen, die seit 2015 regierten. Vor der Wahl waren zwei Drittel der Befragten mit der Senatskoalition zufrieden. Bei der Wahl entfielen auf SPD und Grüne demnach auch fast zwei Drittel der Stimmen (63,4%).

Vor der Wahl bezeichneten 86% die wirtschaftliche Lage als gut, in der Wahl wählten 78,5% die bürgerlichen Parteien SPD, Grüne, CDU und FDP, wenn man die Linkspartei auch als bürgerliche wertet, sogar 87,7%. Eine Wechselstimmung lag also nicht in der Luft und die zeigte sich auch nicht bei der Wahl.

Die bürgerliche „Volkspartei“ CDU und die FDP mussten nach dem Thüringen-Desaster Federn lassen. Die CDU verlor über 20000 Stimmen und ging von 15,9 auf 11,2% zurück. Die FDP verlor etwa 12000 Stimmen und flog mit 4,9% (2015: 7,4%) ganz aus der Bürgerschaft.

Es gab allerdings eine Wählerverschiebung innerhalb der Senatskoalition. Die SPD ging von 45,6% auf 39,2% zurück, während die Grünen von 12,3 auf 24,2% zulegten. Auffällig ist dabei das Alter der jeweiligen WählerInnen: Während die SPD in der Gruppe über 45 und insbesondere bei den Rentnern dominiert, werden die Grünen stärker, je jünger die WählerInnen werden. Das Thema Klimawandel treibt ihnen die WählerInnen zu, die hoffen, die Wirtschaft könne ökologisch wachsen, ohne dass man das kapitalistische System angreifen muss. Es scheint bei den Jüngeren keine Rolle zu spielen, dass die grüne Partei bei der Prügelorgie der Polizei während des G20-Gipfels 2017 mit im Senat saß und nicht protestierte. Die Grünen sind zur Zeit die Wohlfühlpartei schlechthin. Fast könnte man sagen: Für die Sicherheit wird die SPD gewählt, für die Umwelt Grüne.

Die Wahlbeteiligung stieg von 56,1 auf 63,3% an, was etwa ein Plus von 100 000 Stimmen ausmacht. Die-

ser Anstieg hat sicher auch etwas mit den Ereignissen in Thüringen kurz vor der Wahl zu tun, weil viele Menschen sich wohl deswegen zur Wahl entschieden. In absoluten Zahlen verlor die SPD nur ein paar tausend Stimmen, während die Grünen über 100 000 dazu gewannen, die aus allen Gruppen kamen. Was die SPD an die Grünen verlor, konnte sie in etwa mit Wählerstimmen aus den früheren Nichtwählern wettmachen.

Die AfD bekam fast exakt so viel Stimmen wie 2015, was sie fast unter die fünf Prozentmarke rutschen ließ (5,3%). Das sind immerhin über 40 000, die sich auch von Thüringen und Hanau nicht abschrecken ließen. Man kann höchstens vermuten, dass diese beiden Ereignisse verhinderten, dass mehr Leute die AfD wählten. Den höchsten Anteil hatte die AfD bei den Arbeitern (14%) bzw. bei den mit der wirtschaftlichen Lage Unzufriedenen (11%).

Die Linkspartei gewann etwa 13 000 Stimmen dazu, was aber nur zu einem Anstieg der Stammwähler von 8,5 auf 9,1% reichte (obwohl die „linke“ SPD ja verlor). Auch sie war bei den Arbeitern (11%) und bei den wirtschaftlich Unzufriedenen (18%) am stärksten. D.h. die Proteststimmen verteilten sich ziemlich gleichmäßig auf AfD und Linke.

Wahlkampf: Profilvermeidung

Die zwei wichtigsten Themen vor der Wahl waren Verkehr und Mietpreisexplosion. Hamburg erlebt, wie andere Metropolen, einen Zuwachs an EinwohnerInnen (über 50 000 in den letzten vier Jahren), während viele ländliche Gebiete an Auszehrung leiden. Entsprechend nehmen die Probleme auf dem Wohnungsmarkt und auf der Straße zu. Der zunehmende innerstädtische Autoverkehr vergiftet die Atemluft und trägt zum Klimawandel bei. Die Umwelt schonenden Verkehrsmittel wie Fahrrad und Roller engen den Verkehr noch mehr ein. Während die Grünen die

Verkehrswende (z.B. mehr Fahrradwege) propagieren, die die SPD mittlerweile mitträgt, versprach die SPD jährlich 10 000 neue Wohnungen zu genehmigen, was wiederum die Grünen mittragen. Das Versprechen des Neubaus hielt der Senat auch ein, was natürlich zur Verdichtung des Wohnraums führt und zur Bebauung von innerstädtischen Grünflächen. Die SPD behauptet, dadurch werde der Mietpreisanstieg abgebremst, aber die Grundstückspreise und damit die Baukosten (und damit auch die Mieten) steigen trotzdem unaufhaltsam.

Die SPD gab sich staatsmännisch: Bürgermeister Tschentscher habe „die ganze Stadt im Blick“, also das Bürgertum und die Unternehmer besonders im Hafen bräuchten sich nicht zu fürchten („Die Welt“ empfahl der SPD für die Bundestagswahl die Parole „Das ganze Land im Blick“). Die Grünen waren vielleicht noch inhaltsleerer: „Erste Frau, erste Grüne, erste Wahl“ war der Slogan, der ihrer Spitzenkandidatin auf den Bürgermeistersessel hieven sollte. Vor der Wahl wurde alles Kontroverse abgeschliffen. So hatte das vom Parteitag beschlossene Wahlprogramm gefordert, die Vermummung bei Demos nur als Ordnungswidrigkeit und nicht als Straftat zu werten. Allerdings strich die Spitzenkandidatin diesen Passus, als das Geheul von Polizeigewerkschaft, CDU und AfD losging. So war ein Wahlplakat der Grünen: „Demokratie ohne Alternative“, das gegen die AfD gemünzt war, unfreiwillig selbst entlarvend. Kommen doch die Hamburger Grünen aus der ehemaligen Grün-Alternativen-Liste, wobei die „Alternativen“ frühere Kommunisten waren. Dieses Element ist mittlerweile entsorgt.

Auch die Linke vermied tunlichst mit sozialistischen Inhalten zu provozieren. Ihr Kernsatz: „einfach machen“, z.B. den Mietendeckel. Den haben sie von der Berliner Regierungskoalition aus SPD/Linke/Grüne übernommen. Natürlich sind in Hamburg

Fortsetzung auf Seite 7 unten

Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 3

Eine Rekonstruktion revolutionärer Politik in China



*Bewaffnete Demonstration der Streikenden
1927 in Shanghai*

Nach längerer Unterbrechung wird die Untersuchung der Voraussetzungen, Bedingungen und Verläufe kommunistischer Politik wieder aufgenommen, weil wir davon überzeugt sind, dass das Thema für linke Politik hierzulande noch wichtiger geworden ist. Zunehmend verändert sich die Wahrnehmung von der Volksrepublik im Westen. Stand vor Jahren noch der nachfrage- und zahlungsstarke Wirtschafts„partner“ China im Zentrum, der zwar dank seiner Billigarbeitskräfte den Weltmarkt mit Massenprodukten flutete, aber sich insgesamt doch anschickt, von „uns“ zu lernen, so hat sich der Wind gedreht. Spätestens mit dem

strategischen Entwicklungsplan „Made in China 2025“ und der „One Belt, One Road“-Initiative („Neue Seidenstraße“), die von gigantischen Finanzmitteln gespeist werden, wird China nicht nur als ein Konkurrent, sondern als **der** weltpolitische Rivale Europas und der USA wahrgenommen und inzwischen mit harten Bandagen kommentiert. Die „gelbe Gefahr“ der 1950er und 1960er Jahre ist wieder auferstanden und gewinnt zunehmend das Potenzial, in Umkehrung eines bekannten Marx-Wortes, von der Farce zur Tragödie zu werden.

Die *Arbeiterstimme* Nr. 189 (Herbst 2015) thematisierte den katastrophalen Abstieg Chinas im 19.

Jahrhundert, ausgelöst durch den rasch wachsenden Entwicklungsrückstand eines völlig überkommenen Regimes, der von den europäischen Kolonialmächten rücksichtslos zum eigenen Vorteil genutzt wurde.

Die notwendige politische Reaktion auf das Regierungsversagen der letzten Kaiserdynastie, die zunehmende Ausrichtung auf die Ideen, die aus dem Westen kamen und Erfolg versprachen, und schließlich die Gründung einer winzig kleinen, rein intellektuell ausgerichteten Kommunistischen Partei standen in der *Arbeiterstimme* Nr. 193 (Herbst 2016) im Mittelpunkt.

1921 kamen zwölf Delegierte in Shanghai, dem Ort der größten lokalen Gruppe, zusammen, um unter konspirativen Bedingungen die Kommunistische Partei zu begründen. Weder ein Tagungsprotokoll noch die Dokumentation der Reden existieren. Unter den jungen Männern und wenigen Frauen, eine Generation der Zwanzig- bis Dreißigjährigen, befand sich auch Mao Zedong, der Studienleiter eines kleinen marxistischen Zirkels vom Lande, aus Changsha, Hauptstadt der Agrarprovinz Hunan. Die damaligen Verhältnisse mag schlaglichtartig die Tatsache erhellen, dass von dem Dutzend Gründungsmitgliedern nur sechs Personen die Gründung der VR China 1949 erlebten.

Fortsetzung von Seite 6

SPD und Grüne dagegen, was auch geht, da es keine starke Mieterbewegung gibt. Diese fehlende Bewegung kann auch die Linke nicht ersetzen.

Innerhalb der Linken gibt es den Versuch einen Volksentscheid auf den Weg zu bringen: Weg mit der Schuldenbremse! Hamburg soll sich wieder mehr verschulden dürfen, um mehr Ausgaben für Soziales, Bildung, öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung zu haben. Dass jetzt die Linken mehr

Staatsverschuldung als Ausweg sehen, ist gewissermaßen neu. Früher war ja eher die Forderung nach der Besteuerung der Reichen populär. Immerhin zählt Hamburg zur Zeit 45 000 Milliardäre, unter ihnen elf Milliardäre. Aber auch hier gilt: Lieber nicht anecken.

Nachtrag Mitte März:

Dabei ist Hamburg mit ca. 33 Mrd. € verschuldet, also etwa 1600€ pro Kopf. Der Schuldendienst belief sich

2019 auf etwa drei Milliarden Euro, das sind rund 20% der Haushaltsausgaben. Dank der üppigen Steuereinnahmen der letzten Jahre war das kein Problem, der Senat konnte sogar Schulden tilgen. Das ist jetzt aber mit der ausgebrochenen Krise, ausgelöst durch die Corona-Epidemie, vorbei. Hamburg schlittert hochverschuldet in diese Krise hinein.

Vorabdruck von *Arbeiterpolitik*
Fassung 20. 3. 2020
www.arbeiterpolitik.de

Fast alle anderen fielen dem Terror der Guomindang ab 1927 und im Bürgerkrieg zum Opfer. Chen Gongbo lief während der Kämpfe zur GMD über, wurde 1944 Premierminister des Marionettenregimes der Japaner und schließlich 1946 wegen Hochverrats hingerichtet.¹

Das Gründungsparteiprogramm ist in einem revolutionären Geist verfasst, der über die verschwindend kleine Zahl an Kommunisten hinweggeht und von ihren Mitgliedern den Einsatz ihres Lebens fordert. Bezugspunkt aller revolutionären Tätigkeit ist dabei das Proletariat, sind die Lohnarbeiter in den Städten und auf dem Land, nicht aber Bauern und/oder Pächter. Bemerkenswert ist, dass eine Zusammenarbeitsperspektive mit progressiven Kräften und sympathisierenden Schichten abgelehnt wird.

Die Verbindungen zur „gelben“ intellektuellen Klasse – was waren die Kommunisten der ersten Stunde anderes als Intellektuelle? –, zu anderen Parteien und der anwachsenden nationalistischen Bewegung sollen abgebrochen werden. Nichts geringeres als den Sturz der kapitalistischen Klasse mit Hilfe der revolutionären Massen des Proletariats, die Abschaffung aller Klassen und den Aufbau der arbeitenden Klassen, um die Klassenunterschiede zu beseitigen, schrieb sich dieses Häuflein Kommunisten auf seine Fahnen.²

In der Praxis, bei der Agitation und Schulung, erlebten die Revolutionäre schnell und unerbittlich ihre engen Grenzen, kleine Erfolge ergaben an wenigen Orten (Hafenstädte und Bergwerke) das Konzept, Arbeiterschulen einzurichten, um Arbeiter politisch zu schulen (und allgemein zu unterrichten). Betriebszellen der Aktivisten scheiterten häufig am Widerstand der Betriebsherren und nicht zuletzt an den elenden Arbeitsbedingungen.

Hilfreich für die eigene Konsolidierung und den wachsenden Einfluss aus kleinsten Anfängen war eine erste Streikwelle im Jahr 1922 mit 100 Streiks und 30 000 Teilnehmern. Aufgrund der neuen Erfahrungen fasste die KP ihre Ziele zunehmend konkreter und stellte im Kampf gegen die Warlords die Herstellung des Friedens im Land in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Ebenso war das Ende der

imperialistischen Unterdrückung mit dem Ziel der vollständigen chinesischen Unabhängigkeit in die Programmatik aufgenommen worden. In der Konsequenz rückte die Bündnisfrage in den Mittelpunkt, dazu kam der Einfluss der Komintern, die auf ein Bündnis der Gongchandang (KP) mit der Guomindang Chiang



Henk Sneevliet „Maring“ in den 1930er Jahren

Kai-sheks orientierte. Anlässlich einer Krisensitzung des fünfköpfigen ZKs der Gongchandang und des wohlbekannten Emissärs der Komintern, Maring³, prallten die gegeneinander gerichteten Positionen aufeinander. Die chinesischen Genossen lehnten

die Zusammenarbeit mit der GMD ab, weil sie zur Verwirrung der eigenen schmalen Mitgliedschaft führe und ihre Handlungsfreiheit gefährde. Allein der leichtere legale Zugang zu den Massenbewegungen könne eine positive Wirkung zeitigen.

Maring, der die strategischen Interessen der UdSSR mit ihrem Einfluss auf Chiang Kai-shek im Auge hatte, erzwang den Gehorsam mit Hinweis auf die Parteidisziplin und Autorität der Komintern⁴. So sollte eine Übereinkunft darin bestehen, dass die KP-Mitglieder als Einzelpersonen der GMD beitreten, die Partei behalte so ihre Unabhängigkeit und Aktionsfreiheit.

Die Mühsal dieses notdürftigen Kompromisses hatte noch die härtesten Folgen, die zwar 1922 nicht absehbar waren, der aber auch zu dieser Zeit ein grundlegendes Problem abbildet. War es gerechtfertigt, einer zu diesem Zeitpunkt winzigen revolutionären Kaderorganisation eine Bündnisverpflichtung vorzugeben, die den außenpolitischen Überlegungen der jungen und gefährdeten UdSSR entsprach? Noch Jahre später spiegelt sich dieser Konflikt in der Analyse Manabendra Nath Roys⁵ wider. Nath Roy war bereits aus der Kommunistischen Internationalen ausgeschlossen worden, weil er sich gegen die Instrumentalisierung kommunistischer Parteien und Bewegungen durch die sowjetische Außenpolitik wandte.

1 Die folgenden Sachangaben sind der Studie von Dieter Kuhn: *Die Republik China von 1912 bis 1937* (Heidelberg 2007, 3. überarbeitete Auflage), hier besonders ab Kapitel 8.2. (S. 260 ff.), entnommen. Andere Quellen werden bei Bedarf herangezogen und zitiert. Auswertung und politische Bewertung der Fakten liegen in der Verantwortung des Verfassers.

2 Auszüge des Programms fasst Kuhn, S. 267 mit Quellenverweis auf eine chinesische Quelle (Guo Hualun, 1969) zusammen.

3 Maring, Tarnname des niederländischen Gewerkschafters und Kommunisten Henk Sneevliet, organisierte sehr früh in den Niederlanden Streiks, vor allem im Schifffahrtsbereich, ging vor dem 1. Weltkrieg nach Indonesien, kämpfte und organisierte Aufstandsaktionen gegen die Kolonialmacht und wurde nach der russischen Revolution durch die niederländischen Behörden des Landes verwiesen. 1920 wurde er, der als Delegierter der indonesischen KP in Moskau war, von Lenin zum Gesandten der Komintern in China ernannt. Dort gründete er die KP mit und war noch einige Jahre Verbindungsglied zur Komintern. Nach seinem Bruch mit ihr und der Annäherung an Trotzki ging er, der beständig Arbeitskämpfe organisierte und leitete, in die Niederlande zurück. Dort wurde er, Organisator eines Streiks gegen die faschistischen Besatzer, im April 1942 von den Deutschen hingerichtet.

4 Kuhn, S. 273f

5 Manabendra Nath Roy (hier: *Revolution und Konterrevolution in China*, Berlin 1930) war bei der Gründung und Organisation mehrerer kommunistischer Parteien (Indien, Mexiko, Mittlerer Osten, China) federführend. 1927 leitete er die chinesische Delegation bei der Komintern. Nach seiner Kritik an Stalins Generallinie zur Komintern wurde er ausgeschlossen und wandte sich der Internationalen Kommunistischen Opposition zu. Nach langen Haftjahren in Indien wegen seiner antikolonialen Haltung entfremdete er sich der kommunistischen Bewegung.

Trotzdem vertrat er in seiner äußerst instruktiven Darlegung zur „*Revolution und Konterrevolution in China*“ 1930 im Wesentlichen weiter den Standpunkt der Komintern. „*Eine Organisation, die verschiedene soziale Elemente mit widersprechenden Interessen umfasst, kann niemals eine in sich gefestigte politische Partei sein. Bis zu ihrer Reorganisation im Jahre 1924 war [die GMD] die Partei der Bourgeoisie. (...) Doch nach der Reorganisation⁶ wurde ihre Zusammen-setzung noch widerspruchsvoller. Streng genommen hörte [sie] auf, eine politische Partei zu sein. Sie wurde eine revolutionäre Klassengemeinschaft.*“⁷

Das bedeutet aber, dass die Kommunisten in der GMD ihre Chancen, die revolutionären (Mitglieder)-Massen gegen ihre reaktionären Führer aufstehen zu lassen, nicht genutzt haben. Nicht die Komintern hat ihre chinesischen Revolutionäre aus eigennützigen Gründen verheißt, sondern diese sind Opfer ihrer eigenen Fehler geworden.

Beiden Gruppierungen auf chinesischer Seite war der Charakter des Zweckbündnisses auf eine beschränkte Zeit bewusst. Die Komintern hat – wohlwollend formuliert – die Chance gesehen, dass die soziale Revolution mit der nationalen Erhebung der GMD zusammen gegen eine brüchige Regierungsmacht, gegen die zentrifugalen Kräfte der Warlords und die imperialistischen Mächte mit ihren Ansprüchen gegen China einen entscheidenden Schritt nach vorne macht und eine wesentliche Rolle bei der Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse spielt. Und schließlich könne der revolutionäre Impuls der Ereignisse die Basis der GMD weiter nach links treiben ...

Streng urteilt Nath Roy, wenn er die vernichtende Niederlage der KP in den Städten im Nachhinein

kommentiert: „*Die imperialistische Intervention, der Verrat der Bourgeoisie, die Barbarei der feudal-militaristischen Reaktion, der Treubruch der kleinbürgerlichen Führer - alles das war an der Niederlage schuld. Aber noch ein anderer Faktor trug zur Niederlage bei: Das war die Unerfahrenheit der jungen kommunistischen Partei. Es mußte erwartet werden (!), daß die Führung der national-demokratischen Revolution später auf die Arbeiterklasse übergehen würde. (...) Die Kommunistische Partei, als Führerin der Arbeiterklasse, hätte sich für diese Pers-*



Streikplakat um 1925

pektive vorbereiten müssen. Die Politik des Beitritts zur Kuo Ming Tang war richtig, denn sie war ein Schritt in dieser Richtung. Die ursprünglich ablehnende Haltung der kommunistischen Führung war eine linke Dummheit, es war Überradikalismus. Wäre dieser Fehler unter der Leitung der Kommunistischen Internationale nicht korrigiert worden, dann wäre die Kommunistische Partei eine Sekte und vom politischen Leben des Landes ausgeschaltet geblieben. Nach ihrem Eintritt in die Kuo Ming Tang schlug sie ins andere Extrem um. Sie vergaß das Ziel ihrer Politik. Das war Opportunismus. (...)“⁸ Die wenigen Kommunisten in der GMD legten ihre Schwerpunktarbeit auf die Organisation und Schulung von Arbeitern an den betrieblichen Brennpunkten. Und die

gab es flächendeckend. Die Eisenbahnarbeiter waren schnell zu organisieren, hatten in kurzen Arbeitskämpfen auch beachtliche Erfolge bei Arbeitszeiten und Löhnen erzielt und sollten jetzt zu einer einheitlichen Gewerkschaft zusammengefasst werden. Den Widerstand der Bosse und der lokalen Warlords, die ihre Einnahmen in Gefahr sahen, wollte man mit einem Generalstreik brechen. Soldaten besetzten die Stadt und jagten Arbeiterbünde auseinander. Dutzende Arbeiter wurden erschossen, Gewerkschaftsführer auf offener Straße hingerichtet, der Streik im Blut ertränkt.⁹

Der furchtlose Kampf der Kommunisten unter ihnen konnte Niederlagen nicht vermeiden, doch die Verhältnisse ließen immer neue Kämpfe entstehen. Der Einfluss der Kommunisten¹⁰ unter den Arbeitern wie der GMD-Mitgliedschaft wuchs und führte zu neuen Arbeitskämpfen. 1924 waren die Gespräche von Sun Yatsen und Chiang Kai-shek mit der Sowjetunion über die Finanzierung einer ersten

Militärakademie zum Abschluss gekommen, in der eine eigene Parteiarmee aufgebaut werden sollte. Die Ausbildung genossen verlässliche Kader der rechten Parteiführung, den Kommunisten war die Rolle der politischen Erzieher, der „Politoffiziere“, zugefallen. Allerdings waren sie von Beginn an organisatorisch und politisch isoliert, ihr Einfluss auf die Mannschaften wurde neutralisiert mit einem herrschenden Kadavergehorsam, den die Befehlshaber unerbittlich durchsetzten.

Rasch war ersichtlich geworden, dass Sun und Chiang Kai-shek ihre Machtinteressen durchsetzen wollten zwischen Privatmilizen und wechselnden Bündnissen mit verschiedenen Warlords. Mit einer eigenen Armee jenseits einer Söldnertruppe wurde die GMD ein ernstzunehmender Machtfaktor. Das nationale Interesse, worauf fleißig verwiesen wurde, war ein wohlfeiles Argument. Und die Kommunisten gaben – noch – das schmückende Beiwerk dazu ab, denn noch wurden sie von der GMD benötigt, weil sie zunehmenden Masseneinfluss hatten, den sie zu Gunsten der nationalen „Befreiung“ nutzten.

6 Reorganisation meint hier im Wesentlichen die Aufnahme kommunistischer Kader in die Organisation

7 Nath Roy, S. 325

8 Nath Roy, S. 410f.; bemerkenswert ist der Tonfall des Urteils, gerade wenn man bedenkt, dass dieser erfahrene und mutige Revolutionär eben erst seine eigenen Erfahrungen mit dem eliminatorischen stalinistischen Wahrheitsanspruch gemacht hatte

9 Kuhn, S. 281f.

10 Anfang 1924 hatte die Gongchandang maximal 1000 Mitglieder, aber steigenden Einfluss in den Gewerkschaften, Jugendverbänden und Bildungsvereinen (Kuhn, S. 291). Die Guomindang selbst umfasste etwa 20 000 Mitglieder, sie wuchs in diesen Jahren ebenfalls schnell an.

Die Propagierung und Organisation gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse, die 1924 im Zentrum der kommunistischen Arbeit standen, erlangte im Folgejahr tatsächlich Masseneinfluss. Der Zweite Gesamt-Nationale Arbeiterkongress in Kanton, der von kommunistischen Aktiven organisiert wurde, mündete in die Gründung der Gesamt-Nationalen Arbeitergewerkschaft Chinas¹¹, nach den tatsächlichen Verhältnissen ein kommunistisch dominierter Dachverband, der mehrere hunderttausend Arbeiter vertrat. Und das bei weniger als 1000 Parteimitgliedern. Die Zahl der Streiks in einem Land ohne Streikrecht – einschließlich der blutigen Konsequenzen, die die Beteiligten zu spüren bekamen – nahm zu.

Die politische Schulung der Arbeiter trug Früchte, aber auch die starke Inflation sorgte für eine höhere und stärker politisch ausgerichtete Streikbereitschaft.¹²

Um das Bündel der Problemlagen im damaligen China zu umreißen, sollen exemplarisch die Ereignisse aufgezeigt werden, die zur „Bewegung vom 30. Mai 1925“ führten.¹³ Über 40 Spinnereien mit einem Drittel aller in der Textilindustrie beschäftigten chinesischen ArbeiterInnen, konzentriert auf drei Städte, waren in japanischem Besitz. Knapp 100 000 Arbeitskräfte wurden unter skandalösen Bedingungen beschäftigt, bis zu 40% von ihnen aus über 20 Spinnereien legten gemeinsam die Arbeit nieder. Es folgten Druckerstreiks in Beijing und erneute Weberstreiks in Qingdao. Trotz Militäreinsatzes wurde der Textilstreik weitergeführt.

Als Reaktion der Besitzer sollten die großen Textilfabriken in Shanghai, dem Zentrum dieses Industriezweiges in China, geschlossen werden. Bei der Besetzung der Fabrik wurde ein kommunistischer Aktivist von einem japanischen Aufseher erschossen, weitere Gewerkschafter wurden verletzt. Demonstrations- und Protestzüge gegen die Willkürhandlungen im Unternehmerauftrag führten zu erweiterten Streikaktionen in Qingdao. Die Streiks von etwa 30 000 Beschäftigten wurden von 3 000 Soldaten gewaltsam beendet. Der Zorn vieler Beteiligter richtete sich mehr und mehr gegen alle Ausländer, gegen die Einschränkungen der Chinesen in den ausländischen



Die Kule Fahne, 15. Januar 1927



Konzessionsgebieten Shanghais und die geltenden Ungleichen Verträge, die den imperialistischen Mächte diese Vorrechte einräumten. Entgegen den Absichten der kommunistischen Gewerkschafter, die Kämpfe als Arbeitskämpfe weiterzuführen und zu vertiefen, war eine politische Frage daraus geworden. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Ein Demonstrationszug von einigen tausend Studenten und Arbeitern in das Konzessionsgebiet wurde an der internationalen Polizeistation gestoppt, der britische Stationsleiter ließ scharf schießen. Mindestens ein Dutzend Demonstranten wurde getötet, bis zu 200 Personen verwundet.

Der sich anschließende Generalstreik, bevorzugt gegen die ausländischen Kapitalisten, führte erneut zu Todesopfern, für die chinesische Polizei verantwortlich war. Die „unübersichtliche Situation“ in Shanghai war Vorwand für die Landung ausländischer Marineinfanterie. Übergriffe und Morde waren an der Tagesordnung. Auf Demonstrationen und Gewaltmaßnahmen gegen ausländischen Besitz und konsularische Einrichtungen Japans und Großbritanniens antwortete die chinesische Staatsmacht mit weiteren Gewaltexzessen, die Dutzende von Toten forderten.

Schließlich griffen die Aufstände auf Hongkong über, wo der Notstand ausgerufen wurde. Nach 16 Monaten (!) wurden die Streiks Ende 1926

von der GMD mit Zwang beendet. Statt energisch gegen die Verhängung des Kriegsrechts und des Verbots der Streiks zu protestieren, gaben die Genossen der KP gegenüber Chiang Kai-shek klein bei. Die Mitgliedschaft der Kommunisten in der GMD zeitigte ihre verhängnisvolle Wirkung. Zwischen der eigenen Zielstellung und dem Bekenntnis zur gemeinsamen Organisation mit ihrem unbestrittenen Führer entschieden sie sich für die falsche Seite. So überließen die Kommunisten die Vorbereitung und Durchführung des Aufstandes gegen den Warlord Shanghais 1926 einem Gefolgsmann Chiang Kai-sheks und scheiterten unter fremder Führung erbärmlich.¹⁴

Vielleicht hatten diese taktisch falschen Zugeständnisse auch damit zu tun, dass die Gongchandang mit den Flächenstreiks und Kämpfen des Jahres 1926 die Mitgliedszahlen verzehnfachen konnte, allein 9 000 Mitglieder umfasste die kommunistische Jugendgruppe.

Die Erfolge der kommunistischen Abteilung in der GMD lösten, nach dem Tode Sun Yatsens, Kämpfe um die künftige Ausrichtung der Nationalen Volkspartei aus.

Chiang Kai-shek, der im Militäratt der Partei das Sagen hatte, profitierte vom gelungenen Attentat auf Liao Zhongkai, der für die Zusammenarbeit mit der UdSSR stand, und entsandte Hu Hanmin, seinen Rivalen in der Parteiarmee, zur „politischen

¹¹ Kuhn, S. 322

¹² ebd., S. 323

¹³ ebd., S. 324ff.

¹⁴ Peter Schier: *Die chinesische Arbeiterbewegung*. (in: Lorenz (Hg.): *Umwälzung einer Gesellschaft*, Frankfurt / Main 1977), S. 324



Die besiegten Kommunisten werden zur Hinrichtung geführt

Erziehung“ nach Moskau, andere Gegner wurden in den Norden geschickt. Allein ein politischer Rivale, Wang Chingwei, verblieb noch. Auch die Sowjetunion schien sich schon für Chiang Kai-shek entschieden zu haben. Doch auch die offen rechten Kräfte in der GMD sammelten sich und mobilisierten gegen einen behaupteten „Linksschwenk“ der Partei. Nicht nur die Nähe zur Sowjetunion und ihrer Weltanschauung sollte beendet werden, die „Parasiten“ der KP, die in die GMD aufgenommen worden war, gerieten in das Fadenkreuz der Rechten.¹⁵

Die „Westberge-Fraktion“ wurde Sammelbecken und Parallelorganisation der Parteirechten, die mit ihren Beschlüssen die Führung unter Wang unter Druck setzte.

Die Parteiführung unterlag, Wang wurde aus der Partei ausgeschlossen, im ersten Schritt wurden alle Kommunisten aus dem Exekutivkomitee der Partei (darunter auch Mao Zedong) entfernt, dann der Beratervertrag mit der UdSSR und der Politische Rat der Partei aufgelöst. Allein Chiang Kai-shek, der sich nach außen pro sowjetisch und revolutionär gab, wurde von den Rechten nicht angegriffen. Ein scheinbarer Linksruck während des Nationalen Kongresses der GMD 1926 mit der Rehabilitierung Wangs war nur mehr ein Zwischenspiel. Einen fingierten Zwischenfall nutzte Chiang Kai-shek zum Staatsstreich, er ließ etwa 50 Kommunisten, die in der Militärakademie arbeiteten (darunter Zhou Enlai) verhaften und stellte die sowjetischen Berater unter Hausar-

rest. Die Sowjetunion gab nach, um die GMD nicht gänzlich zu verlieren, zog ihre Berater ab. Chiang beschwor im Gegenzug die russisch-chinesische Allianz und wurde zum unbestrittenen starken Mann des Landes. Die „linke“ Fraktion in der GMD stürzte wie ein Kartenhaus zusammen und übrig blieben die isolierten kommunistischen Kräfte in dieser Partei mit einer Viertel Million Mitgliedern.

Der Versuch Chiang Kai-sheks, in einem Nordfeldzug die territoriale Einheit Chinas wieder herzustellen, gelang 1926 nur teilweise. In diesem gigantischen Militärunternehmen, das mindestens eine Million Soldaten auf allen Seiten aufbot, waren die Fronten sehr schnell nicht mehr eindeutig gezogen. Die Heere mehrerer Warlords umfassten zum Teil größere Truppenkontingente als die Armee der GMD.

Auch die imperialistischen Mächte mischten kräftig mit. So brauchte es zeitweise Bundesgenossen, dazu kamen die riesigen Entfernungen und es gab keine Garantie, dass „befriedete“ Gebiete auch unter Kontrolle blieben, wenn die Sieger weiterzogen. Denn eine gewaltige Bedrückung der Bevölkerung waren beide Seiten. Schließlich spalteten die Miss- und Teilerfolge die GMD selbst.

Kanton und Nanchang, das militärische Hauptquartier Chiang Kai-sheks, waren unter seiner Kontrolle, Wuhan wurde nationalistisch eingenommen, aber von Chiangs Gegnern in der Partei regiert.

Wuhan war damit der Rückzugsort der Kommunisten geworden, sie starteten Kampagnen gegen Chiang und waren damit endgültig zum Feind geworden.

Auf dem Lande, wo Bauern und Pächter ihren Lohn für die Unterstützung einforderten, die den Nationalisten gewährt worden war (und den sie nicht bekamen), erhielt die Lage revolutionäre Züge: man nahm sich mit Gewalt Land von den Besitzern, verweigerte Pachtleistungen und vertrieb Landbesitzer und Kaufleute in die Städte. „Gerade zu jener Zeit war Mao Zedong mit einer Studie über die bäuerliche Revolution in der Nähe von Changsha beschäftigt. Er hieß die Gewalt (...) gegen die Landbesitzer und alle feudalen Kräfte auf dem Land gut und begrüßte die Machtübernahme durch die Bauern (...)“¹⁶ Damit war er allerdings in der KP Außenseiter, die Spitze der Partei setzte auf Mäßigung, um sich selbst aus der Schusslinie der Nationalisten zu nehmen. Es war längst zu spät.

Der Marsch nationalistischer Truppen gegen Shanghai, der offiziell der Befreiung der Stadt von lokalen Herrschern dienen sollte, wurde in der Stadt noch von Streiks und Aufständen gering bewaffneter Arbeiter gegen die Warlord-Milizen unterstützt. Hunderten von Streikenden wurden die Köpfe abgeschlagen und anschließend zur Schau gestellt.

Später wurden die Schlächter der Arbeiterbewegung in Shanghai von Chiang Kai-shek belohnt. Auch die ausländischen Mächte, die erneut Gewehr bei Fuß standen, waren darüber höchst erfreut.

Säuberungen und Hinrichtungen prägten das Bild Shanghais der folgenden Wochen, ungezählte Tote zeugen von den Massakern an Kommunisten und ihren Sympathisanten. Nach Schätzungen fielen in den Wochen vor und den Monaten nach dem Einmarsch Chiang Kai-sheks etwa 25 000 Kommunisten dem Terror der Nationalisten, der Imperialisten, der Warlords und kriminellen Banden zum Opfer.

Ein Viertel der bekennenden Mitglieder war ausgelöscht worden. Und noch schlimmer: die meisten Gewerkschafter, Organisatoren, politischen Bildungsarbeiter in den Städten waren tot oder mussten fliehen.

Dem Sozialismus in China war die Basis in den Städten weggebrochen, eine neue Strategie nimmt dessen Stelle ein: der chinesische Sozialismus. Und mit ihm setzt sich eine neue Führerfigur durch.

¹⁵ Kuhn, S. 332

¹⁶ ebd., S.364f.

Warum schießt das chilenische Militär nicht auf das Volk?

Eine Antwort auf diese Frage hat gegenwärtig niemand, aber von ihr hängt die Zukunft der im Oktober entstandenen Massenbewegung ab. In der letzten Ausgabe der *Arbeiterstimme* wurde schon auf Differenzen zwischen der politischen und der militärischen Führung des Landes hingewiesen. Das basierte auf gegensätzlichen Äußerungen von Präsident Piñera und dem General Javier Iturriaga del Campo. Das Staatsoberhaupt sah sich im „Krieg gegen einen mächtigen Gegner“ und ordnete den Ausnahmezustand an. Im entsprechenden Dekret wurde Iturriaga zum Chef der Nationalen Verteidigung in der Hauptstadtregion¹ ernannt. Doch was erklärte dieser Offizier in einer Pressekonferenz? *„Die Wahrheit ist, ich befinde mich nicht im Krieg, gegen Niemanden.“* Das wurde von vielen sofort als Gehorsamsverweigerung wahrgenommen auch wenn der General dieser Interpretation ausdrücklich widersprach.

Doch das folgende Handeln der Streitkräfte orientierte sich an der Erklärung des Generals und nicht an den Wünschen des Präsidenten. Die Soldaten gingen zwar wie befohlen auf die Straße, sie gaben aber keinen einzigen Schuss ab. Damit produzierten sie Bilder die an die dunkelsten Zeiten der Diktatur erinnerten, verzichteten aber darauf die Menschen in Todesangst zu versetzen. Hätten sie wie in der Vergangenheit Gewalt angewendet, wäre die Bewegung sofort am Ende gewesen. Diese Option hat das chilenische Militär nicht nur am 11. September 1973 vorgeführt, und wird, wenn es das für notwendig hält, auch in Zukunft jederzeit machen.

Diese Befehlsverweigerung der Streitkräfte gegenüber den Vorgaben der politischen Führung hat eine Vergleichbare Qualität wie der Putsch gegen den sozialistischen Präsidenten. Ob sie auch ähnlich tiefgreifende Folgen für die chilenische Gesellschaft haben wird, bleibt abzuwarten.

Da sich das Militär der vom Präsidenten gestellten Aufgabe verwei-

gerte, wurde der Ausnahmezustand nach wenigen Tagen aufgehoben. Die Folge ist, dass die größte soziale Bewegung in der Geschichte Chiles auf der Tolerierung durch die Streitkräfte beruht. Das ist eine wichtige Feststellung, da durch sie der Rahmen möglicher Veränderungen abgesteckt ist. Ignoriert man die dadurch bestehende Einschränkung der eigenen Handlungsmöglichkeiten, kann die Bewegung in einem Blutbad enden. Die Geschichte Chiles hat dafür zahlreiche Beispiele.

Interessanter Weise kommt dieser zentrale Aspekt des sozialen Aufstandes in der deutschen Berichterstattung nicht vor. Weder in linken noch in bürgerlichen Medien wird das thematisiert. Auf bürgerlicher Seite ist das kein Wunder. Ihr Interesse ist die Eindämmung der Bewegung, nicht ihre Optimierung. Doch auf der linken Seite sollte das behandelt werden. Es drängt sich doch förmlich die Frage auf warum das Militär die von ihnen geschaffene Ordnung nicht verteidigt. Doch soweit der Autor dieser Zeilen das beurteilen kann herrscht da eine große Lücke. Selbst bei den Autoren der Zeitung *junge Welt*, die aus Chile berichten, fehlt dieser wichtige Punkt.

In Chile selbst wird auf dieses interessante Ereignis vom linken Historiker Gabriel Salazar hingewiesen. Der Nationalpreisträger war in den 70er Jahren Mitglied des MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) und gehörte damit zur linksradikalen Strömung. Sie hat es Salvador Allende unmöglich gemacht, sich rechtzeitig vom Amt des Präsidenten zurückziehen. Die Konsequenz war der blutige Staatsstreich von 1973 und die Umgestaltung des Landes in das neoliberale Versuchslabor das es heute ist. Er ist ein gebranntes Kind was die Fehleinschätzung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen angeht.

Das was ihn positiv von vielen seiner ehemaligen Genossen unter-

scheidet ist, dass er nach 1990 nicht begonnen hat das neoliberale System zu verteidigen. Salazar widmete sich dagegen in zahlreichen Arbeiten der Geschichte der chilenischen Unterschichten.

Wenige Tage vor der sozialen Explosion kam sein Werk „Die chilenischen Streitkräfte und die Volkssouveränität“ in die Buchhandlungen. Diese Arbeit wird als eine seiner wichtigsten Untersuchungen beworben. Sie behandelt die Beziehungen des Militärs mit der Bevölkerung von der Unabhängigkeit des Landes bis in unsere Tage. Damit ist Salazar der linke Fachmann für Fragen hinsichtlich des Verhaltens der Armee in innenpolitischen Fragen. Daher wird er seit dem 18. Oktober regelmäßig ins Radio und Fernsehen eingeladen wie auch zu Volksversammlungen und Sommer-schulen von Basisorganisationen.

Dort ordnet er die gegenwärtigen Ereignisse in den historischen Zusammenhang ein und versucht eine politische Orientierung zu geben. Auch wenn man nicht allen seinen Positionen folgen möchte, so sieht er die KP sehr kritisch und dürfte sie zur politischen Klasse rechnen, soll die Essenz seiner Analyse hier wiedergegeben werden.

„Dies erlaubt das heute ein Wunsch auftaucht der niemals davor geäußert wurde: Die Verfassung ändern. Die politische Klasse hat kapituliert. Das Verdankt man weder einem anderen Verhalten der politischen Klasse, noch der Eliten, sondern den Streitkräften und das verdient einer Analyse. Deshalb sollte die Bürgerbewegung, wenn sie nach taktischen und strategischen Kriterien agiert, nicht mit einer reinen romantischen Geste, sich nicht nur um den verfassungsgebenden Prozess sorgen, sondern auch eine Politik in Richtung der Militärs entwickeln. Es reicht nicht zu sagen ‚Militär Mörder‘. Sie töteten während Pinochet, OK, da sind wir gleicher Meinung. Aber heute töten sie nicht.“²

Fortsetzung auf Seite 13 unten

¹ https://es.wikipedia.org/wiki/Javier_Iturriaga_del_Campo

² <https://www.eldesconcierto.cl/2020/02/05/gabriel-salazar-lo-logico-es-que-hoy-ciudadanos-y-militares-deliberemos-juntos/>

Das Wahldesaster von Labour

Bei den Wahlen am 21. Dezember erhielt Boris Johnson eine große Mehrheit. Labour verlor 59 Sitze. Das war das schlechteste Abschneiden seit 1935. Wie ich schon zu sehr vielen Genossen gesagt habe: „Jeder mit einem bißchen Hirn konnte das kommen sehen.“ Steve Howell, der bei den Wahlen 2017 der stellvertretende Direktor für Strategie und Kommunikation für Corbyn gewesen war und das Buch „*Game Changer: Eight Weeks That Transformed British Politics*“ (Neuanfang: Acht Wochen, die die britische Politik veränderten), sah vor der Wahl den Verlust an Mandaten von Abgeordneten voraus, die für einen Brexit gewählt worden waren. Er nahm als Grundlage die Ergebnisse der Kommunalwahlen unter May und der Europa-Wahlen, die drei Wochen später stattgefunden hatten.

Ein Bericht des Thinktanks „Onward“ vom Oktober 2019 ermahnte die Tories, sich auf die „Rugby League Towns“ im Norden von England zu konzentrieren. (19 von den 20 Sitzen dort gingen von Labour an die Tories.) Die Rugby League, ein Anti-Establishment-Sport der Arbeiterklasse, wurde 1895 gegründet, als sich die Rugby-Klubs im Norden

von der Rugby Union lösten, die von Männern der Oberklasse hauptsächlich aus dem Süden dominiert war.

Die Deindustrialisierung und der ökonomische Niedergang, die in den Thatcher-Jahren begonnen hatten und von Tony Blair fortgesetzt wurden, gefolgt von zehn Jahren der Austeritätspolitik aufgrund der Finanzkrise, haben dazu geführt, dass man sich von London im Stich gelassen fühlt, weil der Reichtum sich in die Hauptstadt und ihre Umgebung verschoben hat. „Onward“ stellte fest, dass die gegenwärtige Stimmung in den deindustrialisierten Regionen sich gegen den ökonomischen Liberalismus richtet, der die Ursache für das Elend so mancher und das Wohlergehen von anderen anderswo ist.

Die Abstimmung für den Brexit stellte einen Protest gegen diese ganze Entwicklung von den 1980ern bis heute dar, welche die Wirtschaftspolitik der EU noch fördert; ebenso die Tatsache, dass die EU ein undemokratisches und niemandem Rechenschaft schuldig Gebilde ist. Ohne Experten in Geschichte zu sein, lernen die Briten in der Schule etwas über den Bürgerkrieg zwischen dem Parlament und dem Monarchen, der bis 1649 dauerte. Das Ergebnis war, dass der damalige König Karl I. geköpft wurde, am 30. Januar vor 371 Jahren. In jeder Stadt hier gibt es mindestens ein Pub mit dem Namen „The King's Head“ mit einem Portrait davon, das vor dem Pub hängt.

Mit Slogans wie „Get Brexit Done“ und „Take Back Control“ erschienen die Tories wie die Partei gegen das Establishment,

nach dreieinhalb Jahren der Sabotage des Parlaments. Sie ließen die Labour Party wie die Vertreter des Establishments aussehen, da diese versprach, ein neues Abkommen auszuhandeln, aber auch, nochmals ein Referendum abzuhalten mit „Remain“ (Verbleiben) als Option.

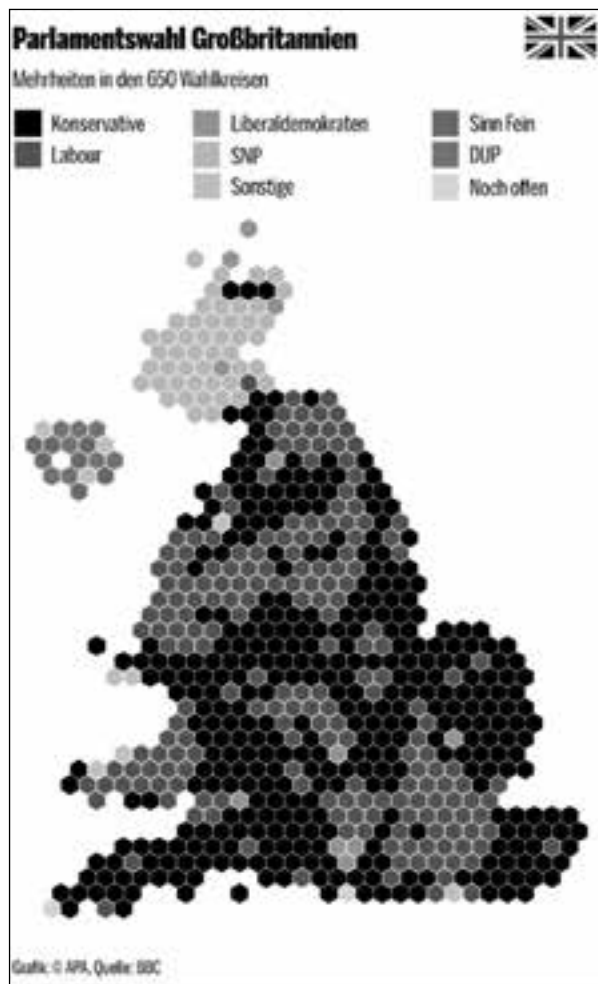
Während des Bürgerkriegs kämpfte der linke Flügel von Oliver Cromwells Armee, die Levelers, Diggers und Agitators, unsere ersten Sozialisten, darum, die Demokratie auszudehnen. Andere wie die Chartisten in den 1840er Jahren und verschiedene Bewegungen seither, einschließlich der Frauenbewegung, kämpften weiter. Dennoch arbeiten Elemente der Mittelklasse, die sogenannte „liberale Elite“, wie die Medien sie nennen, daran, das Ergebnis einer Übung in Demokratie zu kippen, indem sie die Brexit-Befürworter aus der Arbeiterklasse

Fortsetzung von Seite 12

Sollte es zu dieser hier projizierten Zusammenarbeit zwischen dem Volk und den Militärs kommen erlebt Chile gerade eine Bürgerliche Revolution. Damit würde das Land zu verfassungsmäßigen Verhältnissen zurückkehren, wie sie vor dem Staatsstreich von 1973 existierten.

An den Besitzverhältnissen würde sich aber nicht viel ändern. In der Massenbewegung gibt es keine weiteren Forderungen als die Altersvorsorge, die Bildung, das Wasser und die Gesundheit dem Markt zu entziehen. Sollte das Gelingen wäre man aber weiter als das gegenwärtig in Deutschland der Fall ist. Hier wollen immer noch viele in Richtung einer weiteren Liberalisierung aller Lebensbereiche Marschieren.

Emil Berger



als „ignorant, rassistisch und alt“ abstempeln. Das hat natürlich viel Ärger und Feindschaft gegenüber der hauptstädtischen oder liberalen Elite erzeugt.

Die Sitze für Labour gingen von 262 auf 203 zurück. Viele der Verluste gab es in Wahlkreisen, die seit 60, manche sogar seit 100 Jahren von Labour repräsentiert wurden. In 24 von ihnen war noch nie ein Tory gewählt worden. Obwohl Labour, wie andere Parteien im Parlament auch, versprach, die Brexit-Abstimmung von 2016 zu respektieren, übten Rechte, Blair-Anhänger und sogar Linke, vornehmlich in London, Druck auf Corbyn aus, bis Labour schließlich Mitte 2019 zu einer Anti-Brexit-Partei geworden war. Viele Abgeordnete, aber auch andere Parteimitglieder, wiederholten die Behauptung der liberalen Elite, dass Brexit-Wähler ignorant, rassistisch und alt seien. Caroline Flint, die ihren Sitz verlor, behauptet, dass Emily Thornberry einem anderen Labour-Abgeordneten aus einem Wahlkreis, in dem für den Austritt gestimmt worden war, erzählte: *„Ich bin froh, dass meine Wähler nicht so dumm sind wie Deine.“* Thornberry, die in London gewählt war und gegen den Austritt eingetreten war, bestreitet das. Meinungsumfragen haben aber herausgefunden, dass der Hauptgrund darin bestand, dass man die Souveränität von den nicht gewählten EU-Bürokraten zurückgewinnen wollte.

Die Labour Party verlor sechs von den sieben Sitzen, die sie in Schottland das letzte mal erhalten hatte. Früher war Schottland eine Bastion von Labour. Die Unterstützung für sie schmolz in den Blair-Jahren weg, als die nationalistische SNP sie als Verteidiger gegen die Politik aus London ersetzte. Die Regierung der SNP führte nicht viele der neoliberalen Maßnahmen durch. Leute vom linken Flügel ersetzten die Blair-Anhänger bei Labour in Schottland. 2017 begann eine Erholung, aber sie hielt nicht lange an. 2016 stimmte Schottland gegen den Brexit, daher dringt die SNP auf ein zweites Referendum über die Unabhängigkeit. Wenn sie dieses gewänne, würde sie eine Mitgliedschaft in der EU beantragen. Schottland war jahrhundertlang unabhängig, seine

juristische Vereinigung mit England (und mit Wales, das schon 1283 von England unterjocht wurde) erfolgte erst 1707.

In Wales, das für den Brexit stimmte, verlor Labour Sitze und die Konservativen steigerten ihre Anzahl von sechs auf vierzehn. Plaid Cymru, die Nationalisten, behielten ihre vier Sitze, die Liberaldemokraten, die Partei, die am stärksten für die EU war, verloren ihren einen Sitz und die Brexit Party gewann keinen Sitz. Die Labour-Regierung in Wales hatte sich für ein neues Referendum ausgesprochen; ihre linke Führung favorisierte einen Verbleib in der EU. Wie auch in England, verlor Labour massiv in den früheren Kohlebergbauregionen.

Nordirland, das 2016 für einen Verbleib gestimmt hatte, erlitt einen Schock: Die Republikaner und die Nationalisten gewannen eine Mehrheit. Die reaktionäre DUP verlor zwei Sitze, einen davon an John Finucane von Sinn Féin. Dessen Vater Pat Finucane, ein Bürgerrechtsanwalt, war von einer Todeschwadron mit Verbindungen zum britischen Staat ermordet worden. Seine Familie hat seitdem immer für eine öffentliche Untersuchung gekämpft. (In den letzten Jahren ist mehr über verschiedene Morde ans Licht gekommen, die von Todeschwadronen begangen wurden und bei denen Paramilitärs, Polizei und britische Soldaten involviert waren.) Diese neue Mehrheit hat die Forderung nach einem „border-poll“, (einer Abstimmung über die Grenze) lauter werden lassen, um herauszufinden, ob eine Mehrheit einen Zusammenschluß mit der Irischen Republik befürwortet, der dieses künstliche Sechs-Grafschaften-Gebilde beenden und Irland wieder vereinen würde.

Jeremy Corbyn hat seinen Rücktritt als Vorsitzender von Labour angekündigt. Der Prozess, einen neuen zu finden und einen Stellvertreter, ist im Gange. Tom Watson, der bisherige zweite Vorsitzende, der Corbyn bei jeder Gelegenheit sabotiert hatte, trat schon beim Beginn der Wahlen zurück. Corbyn, einer der ehrenhaftesten Männer, die man in der Politik finden kann, hat sein Leben lang gegen Rassismus, Imperialismus und Ungerechtigkeit

gekämpft, für nationale Befreiung und Sozialismus. Er hatte nicht nur die Medien gegen sich, wie die meisten anderen Parteien, sondern auch Elemente in seiner eigenen Partei, insbesondere die meisten der Unterhaus-Abgeordneten von Labour. Glücklicherweise wurde keiner von denen gewählt, die kurz vor den Wahlen aus der Partei ausgetreten waren, vermutlich wegen Corbyns Nachricht in Hinsicht auf die „Antisemitismus“-Vorwürfe. Die lautstärkste der jüdischen Organisationen, der „Board of Deputies of British Jews“, der 20 bis 30 % derjenigen repräsentiert, die sich als jüdisch definieren, agitierte andauernd gegen Corbyn und Labour. Andere jüdische Organisationen, entweder von der Linken oder welche, die die israelischen Siedler nicht unterstützen bis zu denjenigen, die nicht einmal den jüdischen Staat anerkennen, kommen bei den Medienmonopolen so gut wie überhaupt nicht vor. Aber Corbyn und Labour wurde von vielen, die politisch Corbyn unterstützten, der Garaus gemacht. Diese desaströse Niederlage war vermeidbar; Labour hätte sich niemals von der Anerkennung des Referendums von 2016 abwenden dürfen. Die Labour-Wähler, die im Norden und in den Midlands massiv für den Brexit gestimmt hatten, fühlten sich betrogen. Aus Enttäuschung über die Blair-Regierungen hatte die Partei zwischen 1997 und 2010 Millionen von Wählern verloren. 2017 hat Corbyn Millionen von ihnen zurückerobert; diese jüngste Enttäuschung wird nicht so leicht zu überwinden sein.

Die Desillusionierung über die Politiker und die Feindschaft gegen London werden in den älteren Generationen lange anhalten. Ich gebe zu, dass ich alt bin, aber ich empfinde mich selbst nicht als ignorant, auch wenn ich die Schule schon mit fünfzehn verlassen habe. Ich habe immer den Rassismus bekämpft. Dieses Desaster habe ich aber kommen sehen, wenn ich es auch in meinem Artikel in der *Arbeiterstimme* vom Winter nicht als so schlimm vorausgesehen habe.

m.j., 7.2. 2020

Die Neuwahlen zur Parteiführung von Labour

In einem politischen Programm im Fernsehen drei Tage nach Labours Wahldesaster am 12. Dezember übernahm John McDonnell die volle Verantwortung und entschuldigte sich. Er fuhr fort, es sei „höchstwahrscheinlich Zeit, einen Kandidaten, der nicht aus der Hauptstadt kommt“, zum Parteiführer zu wählen, einen aus dem Norden. Er spielte damit auf Rebecca Long Bailey an, die den Wahlkreis Salford (in der Nähe von Manchester) im Parlament vertritt. Er lobte auch Angela Raynor, ebenfalls eine sozialistische Frau aus der Arbeiterklasse, die aus der selben Gegend stammt. Es war so ein Desaster für McDonnell, zu realisieren, wie realitätsfremd im Verhältnis zu den traditionellen Anhängern von Labour die hauptstädtische Elite war.

Die Blair-Anhänger und die Medien geben Corbyn die Schuld für die Niederlage und sie sprechen sich für eine Rückkehr zu einer rechten Politik aus. Aber es war nicht das linke Wahlmanifest von Labour, das die Wähler vor den Kopf stieß, sondern der Rückzug vom Brexit. Von den Tories hörte man nur „Get Brexit Done“. Die Reaktionen von einigen Leuten um Corbyn auf die Beschuldigungen bezüglich des Antisemitismus waren nicht hilfreich. Die Suche nach Kompromissen und die Entschuldigungen machten diese Behauptung erst glaubwürdig. Die Offensive gegen Corbyn und Labour begann schon, kurz nachdem er zum Parteiführer gewählt worden war. Sie wurde von den Rechten bei Labour und konkurrierenden Parteien ausgenutzt sowie von Propagandisten für die Taten Israels. Die Untersuchungen durch die Partei ergaben, dass für weniger als 0,1 % der Mitglieder, die antisemitischer Kommentare beschuldigt worden waren, diese aufrecht erhalten wurden. Parteisprecher hätten auf die Anklagen antworten können, indem sie auf diese Zahlen hingewiesen hätten. Sie hätten berichten können, dass

ein angemessener Prozess installiert worden war, all diese Behauptungen zu untersuchen. Der antizionistische Autor Norman Finkelstein aus den USA regte an, dass Labour eine „Rebuttal Unit“ (Widerlegungs-Einheit) hätte einrichten sollen, um auf die Unterstellungen zu antworten. Die ständigen Entschuldigungen ermutigten nur die Kräfte, die Corbyn in Misskredit bringen wollten. Sie werden erst zufrieden sein, wenn die Kritik am Zionismus und an den Taten Israels zum Schweigen gebracht ist.



Von den sechs Parlamentariern, die ihre Kandidatur für die Führung von Labour angekündigt hatten, sind bereits drei im Verlauf des Prozesses ausgeschieden. Clive Lewis, der sich aus Corbyns Schattenkabinett zurückgezogen hatte und der gegen den Brexit ist, war der erste. Dann kam Jess Phillips, der dauernd Corbyn in den Medien angriff. Es folgte Emily Thornberry, Corbyns Nachbarin in Islington South (er selbst lebt in North), die ständig ein zweites Referendum vorschlug und sich gegen den Brexit wehrte. Keiner von ihnen erhielt genügend Unterstützung von den örtlichen Parteiorganisationen.

Es bleiben also noch Lisa Nandy, Sir Keir Starmer und Rebecca Long Bailey, die die nötige Unterstützung erhielten.

Nandy, die Tochter eines sehr bekannten indischen Marxisten, die selbst aber eine zentristische Position vertritt, stammt aus dem Norden und unterstützt den Brexit. Starmer war ein Bürgerrechtsanwalt, bevor er schließlich „Director of Public Prosecutions“ (Leiter der Anklagebehörde) wurde. Für seine Verdienste im Justizwesen wurde er geadelt. Er war am Coup des Schattenkabinetts

gegen Corbyn beteiligt, war gegen den Brexit und favorisierte ein zweites Referendum, bei dem er sich für einen Verbleib (*Remain*) aussprechen würde. Sollte er gewinnen, würde sich die Labour Party in Richtung politische Mitte bewegen. Long Bailey wird in den Medien als eine Frau beschrieben, die die Politik Corbyns fortsetzen würde. Sie ist Sozialistin und stammt aus der Arbeiterklasse. Ihr Wahlkreis ist Salford (bei Manchester). Ein großer Teil des Wahlmanifestes von Labour stammt aus ihrer Feder.

In dieser Woche haben die Parteimitglieder von Labour mit der Stimmabgabe begonnen. Bei der Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gibt es eine Reihe von exzellenten sozialistischen Kandidaten: Angela Raynor und Richard Burgon kommen beide aus dem Norden, ebenso wie Dawn Butler; alle sind Corbyn gegenüber loyal. Übrigens hat Gordon Brown, der letzte Premierminister von Labour, am letzten Wochenende in Newcastle zu einer „Allianz des Nordens“ aufgerufen, um das Vereinigte Königreich zu reformieren. Schottland solle sich mit dem Norden Englands verbinden, um die Macht aus den reichen Gegenden wie London zu verlagern. Er ist gegen die Unabhängigkeit von Schottland. Wir leben in „interessanten Zeiten“, wie Eric Hobsbawm in seiner Denkschrift bemerkte.

m.j. (25. 2. 2020)

Der erste Krieg der BRD

Der ohne UN-Mandat geführte Nato-Einsatz gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien und die erstmalige Beteiligung Deutschlands an einem Krieg seit 1945 schufen Präzedenzfälle, die bis heute

nachwirken. Dennoch hat der zwanzigste Jahrestag in Deutschland wenig Echo hervorgerufen. Auch die heutige schwierige Situation im Kosovo wird kaum beachtet.



Der damalige Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping mit Tornadopiloten, die Angriffe gegen Jugoslawien flogen

Der Kosovokrieg war Teil der Zerfallskriege Jugoslawiens. Vorausgegangen waren ihm die Unabhängigkeitserklärung fast aller Teilrepubliken des föderalen Jugoslawiens sowie die darauf folgenden Kriege: Der 10-Tage-Krieg in Slowenien 1991, der kroatische Unabhängigkeitskrieg 1991–95 und der Bosnienkrieg 1992–95. Gerade letzterer spielt für das Verständnis des Kosovokrieges 1999 eine wichtige Rolle: Die Schaffung von ethnisch homogenen Gebieten war bereits Teil der Kriegsstrategie aller Seiten und führte zu brutalen Vertreibungen und Massakern, denen die so genannte internationale Gemeinschaft vielfach tatenlos zusah.

Auch Kosovo, das keine Teilrepublik, sondern autonome Provinz Jugoslawiens war und damit laut jugoslawischer Verfassung kein einvernehmliches Sezessionsrecht besaß, hatte sich 1992 unabhängig erklärt. Dies wurde jedoch lediglich von Albanien anerkannt. Zunächst schlugen sich die Unabhängigkeitsbestrebungen im Aufbau von Parallelstrukturen nieder. Erst 1996 nahm die UCK („Befreiungsarmee des Kosovo“)

den bewaffneten Unabhängigkeitskampf auf.

Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit für die Situation im Kosovo nahm ab 1998 zu. Nach Massenfluchten bis Januar 1999 wurden die Forderungen nach internationaler Einmischung immer lauter. Am 24. März griff die Nato das heutige Serbien an, die Militärintervention endete am 9. Juni.

Präzedenzfall statt Ausnahme

Dass es sich seinerzeit um einen Bruch des Völkerrechts handelte, wird mittlerweile kaum bestritten. An der Frage, ob der Krieg dennoch gerechtfertigt war, scheiden sich die Geister. Der Soziologe Ulrich Beck brachte das Dilemma damals so auf den Punkt: Wegschauen macht ebenso schuldig wie Eingreifen. In Bosnien hatte die internationale Gemeinschaft viel zu lange weggesehen, und man wird den Eindruck nicht los, dass das beim Kosovo überkompensiert wurde.

Der Kosovokrieg stellte eine Zäsur dar: Einerseits schuf die Nato mit dem völkerrechtlich nicht gedeckten

Eingreifen einen Präzedenzfall für Einsätze ohne UN-Mandat. So verweist Russland heute im Konflikt um die Krim auf den Kosovoeinsatz, um sein Vorgehen zu rechtfertigen. Andererseits hat der Kosovokrieg auch das Prinzip der „Schutzverantwortung“ im Völkerrecht befördert. Heute sind eklatante Verletzungen von Minderheiten- und Menschenrechten nicht mehr durch die Souveränität von Staaten geschützt. Der UN-Sicherheitsrat unterliegt nun theoretisch der Pflicht, Menschen auch vor ihren eigenen Regierungen zu schützen. Dass dies häufig nicht geschieht und der Sicherheitsrat oft – wie beispielsweise im Falle Syriens – blockiert ist, steht auf einem anderen Blatt.

Auch für die deutsche Außenpolitik stellte der Kosovokrieg einen Präzedenzfall dar: Es war der erste Krieg, an dem sich Deutschland nach 1945 aktiv beteiligte, noch dazu in einer Region, in der die Wehrmacht zahlreiche Massaker verübt hatte. Zwanzig Jahre danach ist die Beteiligung Deutschlands an Auslandseinsätzen etabliert. Die Grundlage für diese Akzeptanz schuf die damalige rot-grüne Bundesregierung. Berühmt ist der Auschwitz-Vergleich des damaligen grünen Außenministers Joseph Fischer: „Ich stehe auf zwei Grundsätzen, nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus.“ Fischer lag auch jenseits dieser Verharmlosung des Holocaust falsch: Nur im Bosnienkrieg gab es Lager (von denen jedoch keines mit Auschwitz vergleichbar war), im Kosovo nicht.

Dem Erfolg von Fischers Argumentation tat dies keinen Abbruch. Der Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger sagt dazu: „Die Beteiligung einer Partei, die maßgeblich aus der deutschen Friedensbewegung hervorgegangen war, war mit

großer Wahrscheinlichkeit geradezu entscheidend dafür, dass die Positionierung des wiedervereinigten Deutschlands als international und offensiv agierende Militärmacht nicht auf mehr Widerstand stieß.“

Von der Provinz zum Protektorat

Formal blieb der Kosovo nach dem Krieg Teil der Bundesrepublik Jugoslawien, wurde aber unter internationale Verwaltung gestellt, zunächst unter die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK). Sie übergab später viele Aufgaben an die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo (EULEX). Gleichzeitig wurden etwa 50.000 SoldatInnen der Nato Kosovo-Mission (KFOR) im Kosovo stationiert. Ihre Zahl ist heute auf etwa 4.500 gesunken. Die drei Missionen übernahmen von Polizeiaufgaben bis zu Haushaltsverwaltung viele staatliche Aufgaben, sodass Kosovo ein internationales Protektorat darstellte.

2008 erklärte sich der Kosovo schließlich unilateral unabhängig. Vorausgegangen waren lange Verhandlungen über eine einvernehmliche Lösung für den Status der Region, die schließlich scheiterten. Serbien erkennt die Unabhängigkeit bis heute nicht an, hat seine Strategie aber darauf verlegt, den nördlichen Teil des Kosovo, in dem die Bevölkerungsmehrheit serbisch ist, als Teil Serbiens zu erhalten. International ist die Unabhängigkeit weiterhin umstritten – nur 114 der 193 UN-Mitgliedsstaaten haben sie anerkannt, darunter auch nur 23 der 28 EU-Staaten.

Mit der Unabhängigkeit übernahm EULEX viele Aufgaben der UNMIK und soll die kosovarischen Behörden beim Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung unterstützen. Ursprünglich war die Mission bis 2010 geplant, soeben wurde sie bis 2020 verlängert. Über die Jahre wurden immer mehr Kompetenzen von EULEX auf kosovarische Behörden übertragen, mit dem neuesten Mandat bekommt EULEX erneut weniger Befugnisse. Das Land steht aber weiterhin unter einer Doppelverwaltung aus kosovarischen und internationalen Strukturen. So findet sich im Kosovo die größte Ansammlung von EU-Personal außerhalb von Brüssel.

Die massive internationale Präsenz hat nichts an den vielen Problemen des Landes geändert. Kosovo gilt heute als einer der korruptesten und ärmsten Staaten Europas. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 40 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit ist noch höher, und dies bei einer Bevölkerung, in der jede/r zweite unter 25 Jahre alt ist. Auf die etwa 1,8 Millionen EinwohnerInnen des Kosovo kommen etwa 420.000 KosovoarInnen, die (legal) im Ausland leben. Ihre Rücküberweisungen machen 14 Prozent des Bruttoinlandproduktes des Landes aus. Oft sind ganze Familien von den Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland abhängig.

Migration war immer ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für den Kosovo und lebt mit jeder Krise neu auf. Allein im Winter 2014/15 verließen über 70.000 Menschen das Land, mehr als die Hälfte davon stellte Asylanträge in Deutschland. Hierzulande wurde dadurch der Diskurs um sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ befeuert. Abgesehen von der Tatsache, dass diese Unterscheidung der Realität von Migration nicht gerecht wird, gibt es unter diesen Geflüchteten eine große Gruppe, die als schutzbedürftig anerkannt werden müsste: die Roma-Minderheiten. Nach dem Kosovokrieg kam es immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen gegen RomNija, die unter Verdacht der „Kollaboration“ mit der serbischen Seite gestellt wurden. Bis heute leiden RomNija im Kosovo unter massiver struktureller Diskriminierung. Da Minderheitenschutz aber in der Verfassung des Kosovo verankert ist, werden Asylanträge von RomNija in Deutschland prinzipiell abgelehnt. Mit dem Verweis auf Rechte, die es nur auf dem Papier gibt, stiehlt sich Deutschland aus der Verantwortung.

Die Büchse der Pandora

Auch sonst sind die Nachwirkungen des Krieges bis heute groß. Im Juli 2019 trat der kosovarische Regierungschef Ramush Haradinaj zurück, nachdem er eine Vorladung vor das internationale Sondergericht zur Ahndung von Kriegsverbrechen während des Kosovokrieges erhalten hatte. Das Gericht wurde 2017 eingerichtet und soll mutmaßliche Verbrechen in den Jahren von 1998 bis 2000

aufklären. Haradinaj war damals ein regionaler UCK-Kommandant.

Serbien erkennt die Unabhängigkeit seiner ehemaligen Provinz weiterhin nicht an. Ein durch die EU vermitteltes „Normalisierungsabkommen“ hat dennoch eine gemeinsame Grenzverwaltung herbeigeführt. Auch bei der Frage eines EU-Beitritts Serbiens spielen die Beziehungen zum Kosovo eine große Rolle. Der Norden des Kosovo wird bis heute de facto überwiegend serbisch verwaltet. Mittlerweile ist die kosovarische Polizei dort präsent, aber Aktionen wie die Verhaftung des serbischen Direktors für Kosovo Marko Duric 2018 führen immer noch zu schweren diplomatischen Konflikten zwischen Priština und Belgrad.

Die im April diskutierte Idee eines Gebietsaustausches zwischen den beiden Staaten, bei dem der Norden Kosovos Serbien zugeschlagen werden soll und Kosovo dafür südserbische Gebiete mit überwiegend albanischer Bevölkerung erhält, kann einen nur mit Grauen erfüllen. Eine erneute Verschiebung der Grenzen auf dem Balkan nach ethnischen Kriterien würde jene Büchse der Pandora wieder öffnen, die das Morden in den 1990er Jahren erst möglich gemacht hat: die Vorstellung vom ethnisch homogenen Nationalstaat.

Larissa Schober

*Dieser Beitrag erschien in iz3w,
Ausgabe 374 vom September/Oktober
2019*

Larissa Schober ist Mitarbeiterin im iz3w.

*Wir bedanken uns für die
Nachdruckerlaubnis bei der Autorin
und der Redaktion.*

*www.iz3w.org
abo@iz3w.org*



Eine neue Krise steht vor der Tür

Zur Zeit der Erstveröffentlichung des hier nachgedruckten Artikels präsentierte sich die kapitalistische Welt noch in guter Verfassung. Anzeichen einer neuen Krise (z. B. die sich häufenden Nachrichten über den für die kommenden Jahre geplanten Stellenabbau, besonders bei Autokonzernen und ihren Zulieferern) gab es zwar, im Vordergrund standen aber die echten oder vermeintlichen Erfolgsmeldungen, insbesondere die immer neue Höchststände erreichenden Aktienkurse.

Die belgischen Ökonomen Jo Cottenier und Henri Houben, Mitglieder der PTB, begnügen sich bei ihrer Analyse nicht mit der Aufzählung von zum Teil widersprüchlichen Oberflächenerscheinungen, sondern stellen die Fakten in einen größeren Zusammenhang. Ihre Arbeit wurde in deutscher Übersetzung zuerst auf kommunisten.de veröffentlicht. Sie verdient nach unserer Meinung eine breite Diskussion.

Redaktion Arbeiterstimme

Der derzeitige Rückgang der Weltwirtschaft ist für niemanden ein Geheimnis. Die Situation bewegt sich eindeutig in diese Richtung, so dass die Befürchtung eines weiteren Crashes entsteht. Auch wenn man nicht so weit gehen möchte, ist die Zukunft alles andere als rosig. Alles zeigt auf Rot.

Kapital im Streik

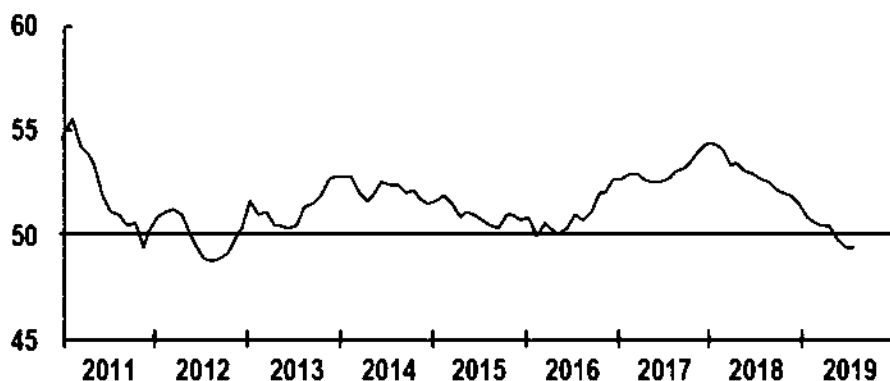
Das auffälligste Zeichen für das Entstehen einer Krise ist die gleichzeitige und weit verbreitete Verlangsamung des Wachstums in praktisch allen großen Ländern der Welt. Diese Trübung ist insbesondere bei den wichtigsten globalen Wirtschafts-

die es selbst liefert, nach unten. Diese Situation ist sowohl auf eine Verlangsamung der Industrieproduktion, als auch auf die Investitionen und die Produktion von Vorprodukten zurückzuführen. Vorerst bleiben nur Dienstleistungen und Konsumgüter von dieser weit verbreiteten Rezession verschont. Dies zeigt sich an den Veränderungen des PMI-Index, der durch die Messung der Entwicklung der Industrieproduktion und des Auftragseingangs die zuverlässigste Darstellung der globalen Wirtschaftslage bietet. Sie befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 2012.²

Seit dem Crash von 2008 sind die Investitionen so niedrig wie noch nie. Das Problem ist jedoch nicht der Mangel an Kapital. Es fehlen Projekte mit einer ausreichenden Gewinnspanne: Das Kapital zieht es vor, sich anderer profitablerer Methoden zu bedienen, wie beispielsweise Spekulationen oder Financial Engineering.

Der IWF hat gerade einen Bericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass nicht weniger als 40% der 15 Billionen Dollar an Auslandsinvestitionen in Wirklichkeit fiktive, unproduktive Investitionen in multinationale Unternehmen sind, die ausschließlich dazu dienen, Steuern zu vermeiden.³ Die Hälfte dieser Investitionen landet in unseren Nachbarländern Luxemburg und den Nie-

JPMorgan Global Manufacturing PMI



Im Jahr 2017 schien die Krise von 2008 endlich hinter uns zu liegen; der Welthandel zog wieder an und die Aussichten waren optimistisch, auch innerhalb der stark betroffenen Europäischen Union. Ende 2018 erhöhte die US-amerikanische Zentralbank FED ihre Zinssätze von einem historischen Tiefststand von 0,25% auf 2,5%, ein eindeutiges Zeichen von Erholung, während die Europäische Zentralbank (EZB) gleichzeitig ihre Politik des Erwerbs von Staatsanleihen beendete.¹ Die finsternen Zeiten schienen hinter uns zu liegen. Im Hinblick auf eine erneute Rezession hat die EZB vor kurzem beschlossen, dieses Programm wieder aufzunehmen. Die Märkte betreten ein neues Feld von Turbulenzen.

akteuren, nämlich den Vereinigten Staaten, China, Japan und der Europäischen Union, zu beobachten. So hinken die Länder der Eurozone seit sieben aufeinander folgenden Monaten dem prognostizierten Wachstum hinterher. Deutschland ist zwar Exportweltmeister, aber am härtesten betroffen und zieht die Länder, in

¹ Seit 2015 kauft die EZB Anleihen in großen Mengen mit einem Volumen von bis zu 80 Mrd. € pro Monat. Die Summe, der ihr derzeit zur Verfügung stehenden Anleihen, beläuft sich auf mehr als 2.600 Milliarden Euro.

² Der PMI-Index misst jeden Monat die Entwicklung des industriellen Wachstums in 40 Ländern. Wenn der Index stabil ist, zeigt er 50 an; ein Wert über 50 % zeigt eine Zunahme der industriellen Aktivitäten an, während ein Wert unter 50 % einen Rückgang der industriellen Aktivitäten anzeigt. Es handelt sich um einen so genannten „gewichteten“ Index, was bedeutet, dass der Einfluss von Ländern auf ihre Schwankungen proportional zu ihrer Größe ist.

³ Jannick Damgaard, Thomas Elkjaer und Niels Johannesen, „The Rise of Phantom Investments“, IMF, Finance & Development, September 2019

derlanden, die derzeit die günstigsten Steueroasen sind.

All das zusätzlich zu dem derzeit instabilen internationalen Kontext, insbesondere im Zusammenhang mit dem schnell eskalierenden Wirtschaftskrieg zwischen den Vereinigten Staaten und China, der die allgemeine Unsicherheit nur noch verstärkt. Wie wir nun sehen können, waren die Aussichten für die Weltwirtschaft seit 2009 nicht mehr so düster.

Anzeichen, die nicht täuschen.

Die Reaktionen von Investmentfonds, Pensionsfonds, Banken und Versicherungen täuschen nicht, ebenso wenig wie die Nervosität der Aktienmärkte, da die Gewinne rückläufig sind. Großinvestoren ziehen sich nacheinander zurück, wie Ratten, die das sinkende Schiff verlassen, und setzen stattdessen auf die Sicherheit von Staatsanleihen. Zwei alarmierende Phänomene, die im Allgemeinen eine Krise einleiten, lassen sich derzeit beobachten:

Das erste ist die Kehrtwende der Zinskurve. Normalerweise gilt beim Kauf einer Staatsanleihe: Je länger die Laufzeit, desto höher der Zinssatz. Beispielsweise bringt eine 10-jährige Anleihe einige Prozent mehr als eine dreimonatige Anleihe. An den so genannten Sekundärmärkten, an denen Anleihen gehandelt werden, geschieht derzeit das Gegenteil. Um ihr Kapital im Vorfeld des Sturms zu sichern, wenden sich die Anleger massiv langfristigen Anleihen zu. Infolgedessen steigen ihre Preise und ihre Rendite sinkt. Wir sehen also, dass 10-jährige Anleihen weniger als dreimonatige Anleihen bringen. Erfahrungsgemäß prophezeit ein solches Phänomen jährlich ein negatives Wachstum, eine so genannte wirtschaftliche Rezession.

Das zweite Phänomen ist noch spektakulärer. Dies sind negative Zinssätze. Nach der schweren Krise des Jahres 2008 erholten sich die westlichen Volkswirtschaften langsam, insbesondere dank der Entscheidung der Zentralbanken, die Zinsen auf nahezu Null zu senken. Ziel war es, die Unternehmen zu ermutigen, in die

Realwirtschaft zu investieren und so ihre Stärke wiederherzustellen. Anstatt jedoch die Sache in die Hand zu nehmen, zogen es die Unternehmen vor, ihre eigenen Aktien an der Börse zu kaufen, eine unproduktive Investition. Die Vermögendsten haben beschlossen, in Immobilien zu investieren und die Immobilienpreise in die Höhe zu treiben. Die Kleinsparer hingegen verloren auf beiden Seiten: Angesichts der niedrigen Zinsen bringen ihre Ersparnisse nichts mehr, während die Verkaufs- und Mietpreise für Wohnungen in die Höhe schnellen. In der Zwischenzeit reiben sich Spekulanten die Hände.

In Erwartung einer schlechten Börsenentwicklung stürzten sich die Anleger auf Staatsanleihen und erhöhten die Nachfrage bis zu dem Punkt, an dem immer mehr Länder Negativ-Zinsanleihen begünstigen. Mit anderen Worten, um dem Staat Geld zu leihen, muss man Zinsen zahlen. Zwanzig Prozent der Staatsanleihen haben negative Zinssätze. Um also zu investieren, muss man die Hand ans eigene Portefeuille legen. Insgesamt sind derzeit 16.000 Milliarden Negativ-Zinsanleihen im Umlauf⁴, darunter auch alle deutschen und schweizerischen 20- bis 30-jährigen Staatsanleihen. In Belgien und Frankreich ist ihr Zinssatz gleich Null. Die Tatsache, dass Anleger die Sicherheit der Performance vorziehen, ist ein weiterer Beweis dafür, dass sie eine neue Krise erwarten.

2019 ist nicht 2008

Auch wenn die Perspektiven seit der Rezession von 2008 heute pessimistischer sind denn je, sind die Umstände nicht miteinander vergleichbar. Tatsächlich ist die Situation heute aufgrund der katastrophalen Verschuldung der Staaten, zu der noch das neoliberale Tabu etwaiger zusätzlicher öffentlicher Ausgaben hinzukommt, heikler geworden. So weigert sich beispielsweise die Europäische Union immer noch, ihre strengen Regeln für die Staatsverschuldung zu lockern.

Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die heutige Welt keinen Motor mehr hat, der die Wirtschaft

und den Handel aus der Flaute herausholen könnte. Vor zehn Jahren hatten wir noch die BRICS (die aufstrebenden Wirtschaftsmächte Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und insbesondere China mit seiner ambitionierten Investitionspolitik. Die chinesische Wirtschaft befindet sich derzeit im Transformationsprozess, und das ist eine bewusste Entscheidung. Der neue Standard basiert auf einer Wachstumsrate von 6% und nicht auf einer Wachstumsrate von mehr als 10% zu der vorherigen Periode.

Man könnte die Situation folgendermaßen zusammenfassen: Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem alle Motoren gleichzeitig ausfallen.

China: Übergang zu intensiver Akkumulation

Und während sich die chinesische Wirtschaft besser als andere behauptet, wächst sie jetzt doch nur halb so schnell wie noch vor zehn Jahren. Das Land beabsichtigt nicht mehr, sein Wachstum von kostengünstigen Exporten und Produktionen abhängig zu machen. China will seinen Heimatmarkt entwickeln, die Kaufkraft seiner Bevölkerung erhöhen und in strategische Sektoren investieren. Sie will auch die „Wertschöpfungskette“ nach oben verschieben, insbesondere durch die Herstellung eigener Komponenten in zehn bedeutenden Hightech-Sektoren.

Zu diesem Zweck hat sie einen umfassenden Plan namens „Made in China 2025“ entwickelt, der von den staatlichen Behörden in jeder Hinsicht unterstützt wird. Das bedeutet auch, dass sich China nicht mehr so verhalten wird wie 2008, als es als Reaktion auf die globale Krise beschlossen hatte, massiv in Infrastrukturprojekte zu investieren. Derzeit bevorzugt sie Sektoren mit hoher Wertschöpfung und verzichtet schrittweise auf die kostengünstige Produktion zugunsten der Hightech-Produktion.

Dies ist ein strategischer Übergang von einer extensiven Akkumulation mittels der Nutzung von Arbeitskräften aus ländlichen Gebieten zu einer intensiven Akkumulation auf der Grundlage einer höheren Produktivität. In diesem Zusammenhang wird das Wachstum von 6% in China

⁴ Aus: *Tijd*, 24. August 2019, „*Waarom zou helikoptergeld not mogen en absurde negatieve rentes wel?*“

nicht ohne Anstrengungen aufrecht erhalten werden können, und schon gar nicht, wenn der Handelskrieg mit den Vereinigten Staaten weiter eskaliert. Im August dieses Jahres lagen die Exporte und Importe in die und aus den Vereinigten Staaten um 16% bzw. 22% unter dem Vorjahr. Außerdem gehen die Exporte auf globaler Ebene erstmals zurück.

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

EU: Rückläufige Industrieproduktion

Die europäische Wirtschaft hat sich seit 2008 nicht mehr richtig erholt, trotz der 2.600 Milliarden Euro, die die Europäische Zentralbank bereitgestellt hat, um zu versuchen, die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Wenn der Kauf von Staatsanleihen, ausschließlich den Investoren und Spekulanten Flügel verliehen hat, wozu diente dann dieses Geld? Jedenfalls nicht dazu, dass die Industrie investiert, zumindest nicht so, wie es beabsichtigt war.

Die Investitionen haben sich in der Europäischen Union in den letzten zehn Jahren nicht verändert, ebenso wenig wie die Kapitalbestände pro Arbeitnehmer. Die bei den Banken eingehenden Kapitalströme wurden nur dazu verwendet, neue spekulative Blasen aufzupumpen. Die jüngste Entscheidung von Mario Draghi, Präsident der EZB, seine Anleiheankaufspolitik zu reaktivieren, hat in der Institution selbst zu heftigem Widerstand geführt. Sieben der 25 Mitglieder des EZB-Rates, darunter die Leiter der französischen, deutschen, niederländischen und österreichischen Zentralbanken, lehnten seinen Vorschlag als unnötig ab.

Die Europäische Union ihrerseits sperrt alle neuen öffentlichen Investitionen in eine sehr enge steuerliche Zwangsjacke. Infolgedessen haben sich die Regierungen verschuldet, um die Banken zu retten, aber das Wirtschaftswachstum reicht nicht aus, um Überschüsse zu erzielen. Die europäische Wirtschaft schrumpft daher weiter, mitgerissen von Deutschland, das es bisher geschafft hatte, das

Beste aus der Situation zu machen und die EU über Wasser zu halten. Aber diese Säule der europäischen Wirtschaft bleibt nicht länger von der Rezession verschont und bricht sogar schneller ein als die ihre Partnerländer in der Eurozone.

Seit Ende 2018 ist die Industrieproduktion jeden Monat etwas stärker zurückgegangen und sank im Juni um 5,2% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres und sogar um 7,5 Prozent gegenüber dem Jahresende 2017. Diese Entwicklung steht in direktem Zusammenhang mit dem Kurswechsel Chinas.

Tatsächlich exportierte Deutschland zu Beginn der Krise 2008 seine Produkte hauptsächlich nach Europa. Als sich seine Exporte in südeuropäische Länder verringerten, wandte es sich inmitten eines Booms an China, wohin es massive Mengen an Maschinen, Luxusautos, Chemikalien und Medizinprodukten exportierte. Aber dank der neuen Strategie und der technologischen Entwicklung ist China heute weniger abhängig von Importen aus dem Ausland. Zusätzlich sind die deutschen Importe nun durch die von den USA erhobenen Zölle bedroht.

Wenn Deutschlands Wirtschaft jedoch nach unten geht, besteht das Risiko, alle seine Nachbarn mit sich zu reißen. Und es gibt viele von ihnen. Auf Deutschland entfallen nicht weniger als 29% des BIP der Eurozone. Jede vierte Arbeitskraft ist im Exportsektor beschäftigt. Lieferanten von belgischen, niederländischen, aber auch französischen und italienischen Ersatzteilen werden von einem Ausfall Deutschlands direkt betroffen sein, ebenso wie Länder wie die

Die tieferen Ursachen der Krise

Wir hören oft, dass der Kapitalismus ohne Wachstum nicht existieren kann. Aber wie kann in diesem Zusammenhang das Wachstum in der westlichen Welt seit mehr als zehn Jahren auf einem Niveau von nahezu Null stagnieren?

Anstatt ernsthafte Erklärungen für dieses Phänomen zu geben, suchen die Medien immer nach äußeren Ursachen: Einmal sind es die Banken, ein andermal die Börse, dann die Vertrauenskrise oder der Handelskrieg.

Aber wir hören nie, dass der Kapitalismus selbst daran schuld ist.

Und doch ist es wahr, dass es keinen Kapitalismus ohne Wachstum gibt. Die treibende Kraft hinter diesem Wachstum ist nach der Analyse von Marx der Akkumulationszyklus. Das Kapital wird investiert, um Profit zu erzielen. Das Kapital muss akkumulieren, sich vermehren, und zu diesem Zweck braucht es dringend Arbeitskräfte, die die Produktion sicherstellen, idealerweise zu möglichst niedrigen Kosten. Der gesamte produzierte Reichtum stammt also

aus der Arbeit, die auch die einzige Quelle des Profits ist.

Je mehr Profit ein Unternehmen erzielt, desto mehr kann es investieren, um seine Konkurrenten zu eliminieren. Marktfanatiker sehen darin einen großartigen Mechanismus, welcher Wohlstand garantiert und es ermöglicht, dass der Wohlstand immer weiter zunimmt. Für sie muss die öffentliche Hand so wenig wie möglich eingreifen, denn die Jagd nach Profit der Eigentümer des Kapitals genüge, um die Funktionsweise dieses Systems zu verbessern.

Tschechische Republik, Ungarn und Polen, die mittlerweile fast zu Subunternehmern der deutschen Industrie geworden sind.

Zu dieser Situation kommt noch der Brexit hinzu, dessen Folgen auf der Ebene der Europäischen Union Gegenstand unterschiedlichster Hypothesen sind. Auf jeden Fall ist es wahrscheinlich, dass dieses Ereignis die Handelsströme stört und in vielen Fällen zu Preiserhöhungen führt, da es keine neuen Handelsabkommen gibt.

Die Entwicklung der Europäischen Union erinnert zunehmend an die Japans, das seit 1990 trotz zahlreicher monetärer Konjunkturmaßnahmen nie aus einem langsamen Wachstum bzw. einer Stagnation herausgekommen ist.

USA: Rekorddefizit

Die einzige Unbekannte bleiben die Vereinigten Staaten und ihr unberechenbarer Präsident. Der Erfolg von Donald Trump ist vor allem auf seine Versprechen zurückzuführen, die Wirtschaft wieder zu beleben und Arbeitsplätze zu schaffen, einschließlich eines umfangreichen Investitionsplans und einer Senkung der Steuern für Reiche und Unternehmen. In Wirklichkeit wurde nur diese letzte Maßnahme umgesetzt, deren Ergebnisse noch ausstehen. Mit einer Wachstumsrate von 4% konnte sich die FED erstmals seit 2009 wieder eine Zinserhöhung leisten. Aber auch die US-Wirtschaft befindet sich inzwischen auf einem rutschigen Hang, was die FED in jüngster Zeit zu einer Senkung der Zinsen veranlasst hat. Trump möch-

te diesen Prozess so weit wie möglich beschleunigen, denn er will das Wirtschaftswachstum ankurbeln, um im Jahr 2020 wiedergewählt zu werden. Um seine Ziele zu erreichen, übte er Druck auf Jerome Powell, den Präsidenten der FED, aus. Dieser ist jedoch der Ansicht, dass die Zinsmanipulation allein die Probleme des Handelskrieges zwischen den USA und China nicht lösen werden.

Nach den neuesten Zahlen sind Investitionen und Produktion auf Halbmast. Der US-Präsident besteht auch auf die Einführung verschiedener Steuern auf Importe aus China, aber auch auf Importe von Autos aus Europa und Mexiko. Dies würde bedeuten, dass ab Ende 2019 rund 95% aller importierten Produkte einer Steuer von 15% bis 30% unterliegen würden. Mit durchschnittlichen Einfuhrzöllen von mehr als 10 % würden die USA damit noch weiter gehen als bereits sehr protektionistische Länder wie Brasilien und Argentinien.

Die Folgen solcher Maßnahmen werden sich zwangsläufig auf den Konsumgütersektor und die Haushalte auswirken. Es wird geschätzt, dass ihre Ausgaben aufgrund von Preiserhöhungen um 500 bis 1.000 US-Dollar pro Jahr steigen werden. Die für den 15. Dezember geplante Erhebung von zusätzlichen Steuern in Höhe von 15 % auf Ausrüstungsgegenstände, Bekleidung, Schuhe und eine ganze Reihe elektronischer Geräte wird die amerikanischen Haushalte während des Weihnachtseinkaufs stark treffen, was sich deutlich auf die Situation im Konsumgütersektor auswirken wird, der 75 % des Wachstums ausmacht. Wie wir sehen

können, müssen auch die Vereinigten Staaten aller Voraussicht nach in den kommenden Monaten mit einem Nullwachstum rechnen.

Zusammenbruch oder allmähliches Abgleiten?

Wenn der Rückgang der Weltwirtschaft nun Realität ist, müssen wir dann auch mit einem spektakulären Einbruch wie 2008 rechnen?

Ein Börsencrash ist möglich: Alle sind sich einig, dass die Börsenkurse deutlich überbewertet sind. Seit 2009 wächst der US-Aktienmarkt mit

Anzeige

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradiakalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Die Realität sieht jedoch ganz anders aus. Mit der Regelmäßigkeit eines Metronoms offenbart uns der Kapitalismus seine Grenzen und seine Misserfolge. In der Vergangenheit war er eher von Krisenzeiten als von Wohlstand geprägt. Die Grundursache für dieses Scheitern liegt in den inneren Widersprüchen. Für Marx gibt es mehrere Faktoren, die dies erklären:

Erstens, während menschliche Arbeit die Quelle des Reichtums ist, versuchen die Kapitalisten ständig, Arbeitskraft einzusparen. Dies führt

unweigerlich zu einem Rückgang des realisierbaren Gewinns und langfristig zu einem Abwärtstrend der Profitrate. Die Kapitalisten investieren nicht mehr, weil es an ausreichenden Profitaussichten mangelt.

Zweitens ist das Verhältnis zwischen Produktionskapazität und Kaufkraft tendenziell unausgewogen. Um mehr und kostengünstiger zu produzieren, werden die Löhne gesenkt, was die Kaufkraft der Arbeiter*innen begrenzt. Das Kapital gelangt auch in die profitabelsten Sektoren, was zur Überproduktion

führen kann. Schließlich werden Arbeitsplätze, Löhne und Sozialleistungen einer Sparpolitik unterworfen, die die Kaufkraft lähmt oder sogar einschränkt, was die Situation weiter verschärft. Wenn sich diese Faktoren überschneiden und verstärken, sind alle Voraussetzungen gegeben, um eine langfristige Krise auszulösen, die nicht durch Maßnahmen wie Zinssenkungen oder monetäre Impulse gelöst werden können. Das ist genau die Situation, die wir derzeit vorfinden.

einer erstaunlich stetigen Rate, die die Wachstumszahlen der US-amerikanischen und globalen Wirtschaft überhaupt nicht widerspiegelt. Mit der Ankunft des Favoriten der Börsen (Donald Trump) im Weißen Haus feiert die Wall Street den Anstieg, mit einer erstaunlichen Entwicklung von 17.888 auf 27.000 Punkte. Spekulant versuchen, ihn so lange wie möglich zu nutzen, in der Hoffnung, ihre Kastanien rechtzeitig vor dem Zusammenbruch aus dem Feuer zu holen.

Wenn sie jedoch in großem Stil überrascht werden, stehen wir vor einem Absturz, der alle fiktiven Reichtümer vernichtet, die Finanzwelt erschüttert und auch die Realwirtschaft zum Einsturz bringt. Und das kann jederzeit passieren, dank eines unerwarteten Ereignisses. Aber auch ein allmähliches Abgleiten ist möglich. Anders als im Jahr 2008 sehen wir heute, dass das Führen von Handelskriegen zunehmend wirtschaftliche Aktivitäten einschließt, bis hin zur Erstickung.

Green New Deal

Bisher haben alle Versuche, aus der Krise herauszukommen, sei es durch Geldpolitik, niedrigere Zinsen oder Rückkaufmaßnahmen inländischer Banken, wenig oder gar nichts gebracht. Eine Periode akuter Krisen kann jedoch zu vollkommenem Chaos führen und radikale Entscheidungen erfordern. Es wird zwangsläufig notwendig sein, das Dogma des Marktes aufzugeben und sich für einen öffentlichen Investitionsplan zu entscheiden, der in der Lage ist, eine echte soziale und ökologische Revolution herbeizuführen.

Der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft wird nicht ohne erhebliche Investitionen gelingen, die für die Aufrechterhaltung des Klimawandels in nachhaltigem Maße unerlässlich sind. Die Durchführung solcher Maßnahmen muss mit einer produktiven Nutzung des überschüssigen Kapitals einhergehen, das derzeit in Monopolen, Investment- und Spekulationsfonds und letztlich zwischen den reichsten 10% der Bevölkerung gehandelt wird. Dieses Geld muss verwendet werden, um die öffentlichen Mittel bereitzustellen, die für den öko-

logischen Übergang erforderlich sind, wie von Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez in ihrem Projekt eines Green New Deal vorgeschlagen.

Historisch gesehen wissen wir, dass nur die Intensivierung des Klassenkampfes dazu führen wird, dass die Bourgeoisie nachgibt. Sie sieht dann ihre Interessen bedroht, bis hin zur Untergrabung des gesamten Systems. Und das befürchten die internationalen Führer: dass eine ausweglose Wirtschafts- und ökologische Krise zur Forderung nach einem neuen Gesellschaftsmodell führen wird, nämlich einem Sozialismus 2.0, der die Bedürfnisse der Menschen und nicht den Profit in den Mittelpunkt seiner Politik stellt.

Jo Cottenier und Henri Houben

Jo Cottenier arbeitet in der Wirtschaftsabteilung der Partei der Arbeit Belgiens PTB/PvdA.

Der marxistische Ökonom Henri Houben, ist einer der wenigen, der die Finanzkrise 2007 richtig vorhergesagt hat.

*Original: <https://www.solidaire.org/articles/une-nouvelle-crise-est-nos-portes-grand-format>
Übersetzung: Christine Reinicke*

Anzeige

August Thalheimer:

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 206 Winter 2018/2019, 36 S.

- Digitalisierung – Fluch oder Segen?
- AfD-Parteitag in Braunschweig
- Zum 70. NATO-Jubiläumsgipfel
- Die soziale Explosion in Chile
- Lateinamerika – Abgewürgte Aufbrüche
- Unsere Jahreskonferenz
- Die Welt in Bewegung
- Laut zu sagen, was ist ...

Nr. 205 Herbst 2019, 28 S.

- Der Konflikt USA-Iran
- Die EU – Beiträge zu einer linken Strategie
- Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg
- Brexit, die letzte?
- Rezensionen:
Die Wunde, die sich nicht schließt
Räte in München

Nr. 204 Sommer 2019, 44 S.

- Die Europäische Union
- Das Scheitern des bolivariischen Projektes
- Blauer Planet im Würgegriff
- Bremen-Wahl
- Österreich: Ibiza und die Folgen
- Die Novemberrevolution 1918
- ...

Nr. 203 Frühjahr 2019, 36 S.

- Neue Aufrüstung – Militarisierung internationaler Politik
- „Linksruck“ der SPD
- Das Irrlicht der sogenannten Wirtschaftsdemokratie
- Venezuela – US-Statthalter Guaidó
- Zu den Rosa Luxemburg-Seminaren der IG Metall
- Eine literarisch-politische Skizze über Jack London
- Kohei Saito: Natur gegen Kapital

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften?

Rezension



Das knapp über 100 Seiten dünne und preiswerte Bändchen (9,80€) versammelt die überarbeiteten Referate einer Veranstaltung von Kolleg*innen des Forums Gewerkschaften der Zeitschrift „Sozialismus“ im Atrium der IG Metall in Frankfurt a.M., anlässlich des 200. Geburtstages von Karl Marx. Die fünf Referent*innen gingen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung Fragen nach, die sich im Motto der Konferenz: „Karl Marx: Toter Hund, oder Ratgeber der Gewerkschaften?“ verbergen.

Frank Deppe (emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg) stellt in seinem Referat („Marx als Gewerkschaftsstrategie – Der Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital und die Aufgaben der Assoziation“) zunächst die Aktualität der Marxschen Kapitalismusanalyse dar, um im zweiten Teil darauf hinzuweisen, dass sich Marx und Engels als Revolutionäre verstanden, die die „Theorie der Weltkenntnis und die Praxis der Weltveränderung als Einheit begriffen“. Deppe zeigt auf, dass Marx schon frühzeitig forderte, Gewerkschaften müssten unabhängig von politischen Parteien sein. Im vierten Teil des Referats – „Marx und die Gewerkschaftsfrage“

– stellt er dessen Ansicht heraus, dass Gewerkschaften „die Organisationszentren der Arbeiterklasse“ sind, deren Notwendigkeit sich u.a. aus dem antagonistischen Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ergibt, und er betont die Notwendigkeit des „Kampfes um Lohn und Arbeitszeit bis zur Anerkennung von Mitbestimmungsrechten im Produktionsprozess“. Natürlich fehlt auch nicht der Verweis auf den Doppelcharakter der Gewerkschaften und den Aufsatz „Lohn, Preis, Profit“. Marx warnt Gewerkschaften davor, „nur Sammelpunkte gegen die Gewalttaten des Kapitals (zu sein)“ und die Notwendigkeit der Abschaffung des Lohnsystems zu übersehen. Im letzten Teil geht Deppe kurz auf den „entfesselten Kapitalismus“ der Gegenwart ein, der von den Gewerkschaften weiterhin Kämpfe um Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung zu führen erzwingt, der aber auch neue Fragen mit sich bringt. Deppe plädiert hier u.a. dafür, dass gerade Gewerkschaften den „Zangenangriff“ bearbeiten und die Krisentendenzen des Kapitalismus und Alternativen dazu in der Öffentlichkeit publik machen müssen.

Heinz Bierbaum, Präsident der europäischen Linken, referierte über Karl Marx als Ökonom und dessen Analyse des „Geheimnisses der Plusmacherei und deren Überwindung“.

Bierbaum behandelt die zentralen Ergebnisse der Marxschen Analyse. Der zweite Teil seines Referats trägt dann auch die Überschrift: „Zentralität der Arbeit – Primat der Verwertung“. Das Profitstreben ist maßlos und determiniert die Gestaltung des Produktionsprozesses. Gewerkschaftliche Betriebspolitik muss der totalen Vereinnahmung der Arbeitnehmer*innen und dem zunehmenden Verschleiß der Arbeitskraft Grenzen setzen. Wer betrieblicher Gewerkschaftspolitik irreführend „Co-Management“ vorwerfe, übersehe, dass einer be-

trieblichen Gestaltung gerade im kapitalistischen System strukturelle, enge Grenzen gesetzt sind, die gesellschaftliche Politik erfordern. Im dritten Teil seines Referates mit der Überschrift: „Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse im Widerspruch“ geht Bierbaum auf die marxistische Krisenerklärung ein. Der letzte Teil seines Referats ist mit „Transformationsperspektiven – aus dem Kapitalismus und über ihn hinaus“ überschrieben. Die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz der Vergesellschaftung erfordert eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft, wie er schiebt. Und weiter: „(...) Konzeptionen, die die strukturellen Schranken kapitalistischer Entwicklung überwinden wollen, müssen einerseits an den von Marx aufgedeckten Krisenursachen ansetzen. (...) Andererseits gilt es, die der kapitalistischen Entwicklung innewohnenden Tendenzen zu ihrer Überwindung aufzugreifen.“

Die Arbeitssoziologin Nicole Mayer-Ahuja, Professorin an der Universität Göttingen und Direktorin des Soziologischen Forschungsinstituts e.V. (SOFI), referierte über „Marx als Arbeitspolitiker – Anregungen für eine Kapitalismusanalyse jenseits von Technikdeterminismus, betrieblicher und nationalstaatlicher Verengung“. Den Text durchziehen Erkenntnisse aus dem Werk von Marx und Engels, die auch heute noch für Wissenschaft und Gewerkschaften wichtig und richtig sind. Die Möglichkeit menschlichen Handelns verschwindet bei Marx nie aus dem Blick, auch wenn er vorrangig als Analytiker der Ökonomie, der Produktionsverhältnisse, des Systems u.a.m. dargestellt wird. Natürlich geht es um die grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen, die auch heute noch wirksam sind. Sie sind zwar systembestimmend, aber von Menschen gemacht und daher auch veränderbar. Im dritten Kapitel ihres Aufsatzes: „Arbeitspolitik im Zeichen technischer Rationalisierung“

legt sie Wissenschaftler*innen und Gewerkschafter*innen das 8. Kapitel: „Der Arbeitstag“ des ersten Band des „Kapitals“ ans Herz. Gerade im Hinblick auf die Digitalisierung legt sie beiden nahe, nicht einem Technikdeterminismus zu verfallen, genau zu analysieren, welche Folgen diese Technologie hat, und die Erscheinung einer solchen Technologie noch nicht mit ihrer massenhaften Durchsetzung gleich zu setzen. Marx würde Wissenschaftler*innen und Gewerkschaften (heute) raten, Fragen der Arbeitszeitgestaltung nicht aus dem Blick zu verlieren. „Marx kann (...) auch nach 200 Jahren durchaus als Ratgeber für Gewerkschaften fungieren.“, endet sie.

Ab Seite 63 beschäftigt sich Klaus Dörre, Professor für Soziologie an der Universität Jena, mit „Marx als Ökosozialist – Emanzipatorische Politik in der Großen Transformation“.

Marx bezeichnete die Natur als wichtigste Springquelle gesellschaftlichen Reichtums, nicht die Arbeit. Die Abschaffung des kapitalistischen Systems, das Marx v.a. untersuchte und entschlüsselte, ist eine notwendige, aber eben keine hinreichende Bedingung, der Zangenkrise aus ökonomischen und ökologischen Verwerfungen zu entgehen. Aber: „Kapitalismus und (ökologische) Nachhaltigkeit sind im Grunde unvereinbar.“ Ein „grüner Kapitalismus“ beinhaltet keine Perspektive für die Lösung des ökologischen Konflikts, schreibt Dörre am Ende der Teile 3 und 4. Diese beiden Teile sind sicherlich die schwierigsten des Aufsatzes, sei es wegen der vorausgesetzten Kenntnis der Inhalte bzw. Ansichten der Vielzahl zitierter Autor*innen, der „Neuheit“ der ökologischen Fragestellung in Verbindung mit dem Marxismus und auch der um Einfachheit bemühten, aber doch sehr soziologischen Diktion. Den Gewerkschaften bleibt entweder eine beharrende, partikularistische Interessenpolitik, oder „(...) sie entscheiden sich (...) die ökologischen Herausforderungen als Chance für eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft (zu begreifen)“. Der drohende Arbeitsplatzverlust, die wahrscheinlich nicht zu erreichenden Klimaziele und auch die mangelnde Innovationsfähigkeit und -bereitschaft verbiete ein „weiter so“. „Entscheidungen über das ‚Wie‘, ‚Wo‘ und ‚Wozu‘

von Produktion und Investition berühren inzwischen kollektive Überlebensinteressen“. Ökologisch nachhaltige Politik ist stets Klassenpolitik. Das schließt ein, dass sich Gewerkschaften einem vereinnahmenden „Wir“ widersetzen. „Ökosozialist Marx hat (...) noch immer einiges an wertvollen Ratschlägen zu bieten“, schreibt Dörre am Schluss seines Aufsatzes.

Den Abschluss des Buchs bildet der Aufsatz „Impulse aus der Tiefe – Marx und die Gewerkschaften heute“ von Hans-Jürgen Urban, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall.

Gleich zu Anfang warnt Urban vor einer häufig zu beobachtenden Gewerkschaftspolitik: „Wenn eine noch so ambitionierte Werte-Politik nicht an die systemischen Zwänge des Gegenwartskapitalismus rückgekoppelt wird, bleibt sie schnell im Appellativen hängen.“ Marx war (handlungsorientierter) „Analytiker des Kapitalismus, der feststellte: (...) dass die jetzige Gesellschaft kein fester Kristall, sondern ein wandlungsfähiger (...) ist.“ (MEW 23, S. 16). Deren Ausgestaltung müsse immer wieder historisch-konkret analysiert werden, um Ansatzpunkte für eine Transformation zu finden. Marx weist darauf hin, dass Krisen dem Kapitalismus systemimmanent sind, was Gewerkschaften auch angesichts der lang anhaltenden „Hochkonjunktur“ nicht aus den Augen verlieren dürfen. Ebenso wenig darf übersehen werden, dass z.B. die viel diskutierte Digitalisierung „(...) v.a. Ausdruck eines neuen Ökonomisierungs- und Rationalisierungsschubs (ist)“. Urban warnt: „Technikeuphorische Machbarkeitsphantasien werden schnell an ihre Grenzen stoßen!“

Und: „Die Herausbildung eines kaum vorhandenen revolutionären Klassenbewusstseins legt (...) mehr als Mitgliederwerbung und Serviceangebote nahe“, mahnt Urban. Beherzigen sollten Gewerkschaften das Ergebnis Marxscher Analyse, dass „die Größe der Akkumulation die unabhängige Variable (ist), die Lohngröße die abhängige, nicht umgekehrt.“ (MEW 23, S. 648), fordert der Autor. Aber es wird auch deutlich, in welchen Grenzen sich gewerkschaftliche Lohnforderungen bewegen müssen, jedenfalls solange das Lohnsystem akzeptiert wird. Bei aller Klage über das Fehlen der Skizzierung einer nachkapitalistischen

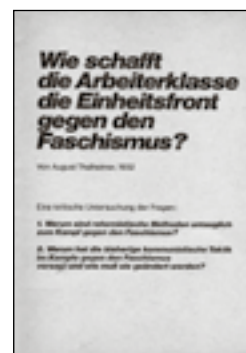
Gesellschaft durch ihn hat Marx „zu den Erkenntnissen, die uns aus dem Gegenwartskapitalismus hinaus- und in eine sozial, ökologisch und demokratisch nachhaltige Gesellschaft hineinleiten können, (...) einiges beizutragen.“

Nicole Mayer-Ahuja, Heinz Bierbaum,
Frank Deppe, Klaus Dörre, Hans-Jürgen Urban: Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften?
VSA-Verlag, Hamburg, 2019

Anzeige

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

contrast
zeitung für selbstorganisation

425 57. JAHRGANG FEBRUAR 2020 4 SEITEN www.contraste.org



SCHWERPUNKT
Architektur für einen Planeten in der Krise

Meine Mama war Widerstandskämpferin

Rezension



Im österreichischen Picus Verlag erschien im Oktober 2019 als Ergebnis eines Forschungsprojekts das Buch mit dem Titel „Meine Mama war Widerstandskämpferin. Netzwerke des Widerstands und dessen Bedeutung für die nächste Generation“. Finanziert wurde es durch den Jubiläumsfonds der Stadt Wien im Rahmen des Schwerpunktes „100 Jahre Demokratie in Österreich - 100 Jahre Republik in Wien“. Die drei Autoren, Dr. Helga Amesberger, Dr. Brigitte Halbmayr und Simon Clemens, stellen drei Frauen mit Widerstands und KZ-Erfahrungen in den Mittelpunkt ihrer Studie:

Barbara (Hansi) Eibensteiner (1917-1948) war im kommunistischen Jugendverband (KJV) in leitender Funktion tätig. 1940 verhaftet, kam sie ins Zuchthaus Aichach, wo sie anlässlich des Überfalls der Wehrmacht auf die Sowjetunion lautstark u.a. mit folgendem Gedicht protestierte:

Nach „Verbüßung“ ihrer Haft wurde sie 1944 ins KZ Ravensbrück überstellt, wo sie die Befreiung 1945 erlebte. Allerdings starb sie bereits drei Jahre später - kurz nach der Geburt ihrer Tochter - an den Folgen der Haft.

Die zweite Widerstandskämpferin, der im Buch ein Kapitel gewidmet ist, Irma Trksak, geboren im selben Jahr wie Barbara Eibensteiner, stammte aus einer aus der Slowakei immigrierten Arbeiterfamilie. Als An-

gehörige einer slawischen Minderheit in Österreich unterlag die Familie Trksak diversen Diskriminierungen. „Wir waren, wir hatten kein deutsches Blut in den Adern, wir waren minderwertig, wir waren verurteilt.“ (S.95) Die kommunistisch orientierte tschechische Widerstandsgruppe, in die Irma eingebunden war, wurde ab 1940 von der Gestapo zerschlagen, 20 aus ihren Reihen sofort erschossen und andere ohne Gerichtsverfahren ins KZ verfrachtet (Rückkehr unerwünscht). Irma wurde im September 41 verhaftet und konnte das KZ Ravensbrück erst im April 1945 verlassen. Nach der Heimkehr erfuhr sie vom Tod ihrer beiden Brüder. Einer war an der Front gefallen, der andere in einem Außenlager von Mauthausen umgekommen.

Die dritte Frau, deren Biographie die Autor*innen ausführlicher darstellen, ist Gertrude Horn, die eine nicht-jüdische Mutter und einen jüdischen Vater hatte. Für die Nazis war sie eine „Geltungsjüdin“. Der KJV hatte bereits 1938 eine Sonderabteilung NN (Nach Nürnberger Gesetz) gegründet, um diese gefährdete Personengruppe zu organisieren. Ab 1943 nannte sich die Gruppierung Mischlingsliga Wien (MLW) und pflegte enge Kontakte zu jugoslawischen Partisanen. Die MLW

war nach militärischen Grundsätzen aufgebaut. Gertrude Horn (damals noch Fanto) dürfte seit 42 Kontakte zur MLW gehabt haben. Rasch übernahm sie diverse Aufgaben. Dass die MLW eine kommunistische Organisation war, wusste nur der innere Führungszirkel. Durch eine Unachtsamkeit gelang es der Wiener Gestapo viele aus der Führung zu verhaften, darunter auch Gertrude Horn. Hätte ihnen die Gestapo die politischen Aktivitäten, so etwa den Kontakt zu den Partisanen, beweisen können, wären sie alle hingerichtet worden. So aber blieb es bei Zuchthausstrafen. Im Unterschied zu den anderen beiden Frauen erfährt man im Buch über das weitere Schicksal von Gertrude Horn wenig. Dafür wird die Struktur und das Netzwerk der Mischlingsliga Wien ausführlich beschrieben. Grundsätzlich ist anzumerken: Die Autor*innen haben den Anspruch, ihr Thema streng wissenschaftlich abzuhandeln. So beginnt das Buch mit einem geschichtlichen Abriss über Österreich zwischen 1938 und 45, also der Zeitraum, der geprägt war von Austro- und Nazifaschismus. Das Kapitel über Einordnung und Rezeption des Widerstands (von Frauen) in Nachkriegsösterreich, wird mit einer ausführlichen Definition des Wider-

Soldaten, wenn ihr einst gegen Osten marschiert
mit Sang und Klang, Soldaten!
Wer weiß, ob ihr da nicht den Mut verliert.
Denn der Weg, der euch zur Schlachtbank führt,
der Weg ist weit, Soldaten!

Es stehen Überall Rote Armeen
in eurem Rücken, Soldaten!
Ihr müget nach allen Seiten euch drehn -
ihr werdet zwischen den Fronten stehn
die euch erdrücken, Soldaten!

Es ist ein erbärmlicher Krieg, den ihr führt
gegen euresgleichen, Soldaten!
Wißt ihr noch immer nicht für wen ihr krepieret?
Wollt ihr, daß die Freiheit marschiert
über eure Leichen, Soldaten?

Armeen Europas, reiht euch ein
Kameraden der Roten Front zu sein
am Tag des Sieges, Soldaten!

stands eingeleitet. Das mag bei einer Masterarbeit erforderlich sein, aber bei den meisten Leser*innen dürften die Basics bekannt sein. Besonders hinzuweisen ist auf die beiden letzten Kapitel, in denen das Leben der widerständigen Frauen und ihrer Familien nach der Befreiung dargestellt wird. Die Befragung der Frauen aus dem Widerstand und ihrer Kinder, auch die schon im fortgeschrittenen Alter, ergeben ein vielschichtiges Bild. Viele der Frauen waren auch im Nachkriegsösterreich in der kommunistischen Bewegung aktiv und erhofften sich die Realisierung ihrer Ziele, für die sie ihre Jugend und oft ihre Gesundheit geopfert hatten. Auch die Kinder wurden entsprechend sozialisiert. „Alle waren Mitglieder der KPÖ, ein Teil der Mütter war in KP-nahen Einrichtungen beschäftigt, einige Väter waren führende Funktionäre der KPÖ.“ (S.266) Und dann der Niedergang der realsozialistischen Gesellschaften mit den entsprechenden Auswirkungen auf die KPÖ. Wie damit umgehen? Die Familien hatten Ausgrenzung durch

die Mehrheitsgesellschaft und den herrschenden Antikommunismus erduldet. Soll das alles umsonst gewesen sein? Die Autor*innen kommen zu dem Ergebnis: „Die Widerstandskämpferinnen haben damit nicht nur im Kampf gegen das nationalsozialistische Regime einen unschätzbaren Beitrag zur Wiederauferstehung der Demokratie geleistet, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zur Demokratisierung Österreichs, indem sie nach der Befreiung selbst politisch aktiv waren und ihre Kinder zu politischen und kritischen Menschen erzogen.“ (S.272)

Ein nützliches Buch gerade angesichts der immer desolateren politischen Verhältnisse in Österreich. Die umfangreiche Literaturliste eröffnet den Zugang zur vertieften Beschäftigung mit der Thematik des Widerstands. Ein Namensverzeichnis fehlt allerdings. Der Preis von 26 Euro wird manche vom Kauf des Buches abhalten. Schade.

ISBN: 978-3-7117-2085-6
288 Seiten, gebunden
hd

Anzeige

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-
Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von
der Gruppe Arbeiterpolitik

2. erweiterte Auflage 1981, 296
Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Anzeige

ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Schwerpunkt 1/2020: Solidarität mit Seenotretter*innen!

DIE ROTE HILFE
Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE
erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

**Erhältlich auch in gut sortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht lieferbar)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) (z.Z. leider nicht lieferbar)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer), (z.Z. leider nicht lieferbar)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition (z.Z. leider nicht lieferbar)	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Arbeiterstimme, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“, werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**



**510 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-767-4



**624 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org